

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich
5.- Reichsmark, vierteljährlich
14.- Reichsmark, im In- und
Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten
Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Wissen“, „Aus der Naturwelt“,
„Frauenstimme“, „Der Arbeiter-
freund“, „Jugend-Korrespondenz“, „Wort
in die Arbeiterwelt“ und „Kultur-
arbeit“ erscheint wöchentlich am
Freitag, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopier-
zeile 60 Pfennig, Reklamzeile
1.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“
das letzte Heft des Monats 12 Pfennig,
das erste Heft des Monats 15 Pfennig,
das zweite Heft des Monats 10 Pfennig,
das dritte Heft des Monats 10 Pfennig,
das vierte Heft des Monats 10 Pfennig,
das fünfte Heft des Monats 10 Pfennig,
das sechste Heft des Monats 10 Pfennig,
das siebente Heft des Monats 10 Pfennig,
das achte Heft des Monats 10 Pfennig,
das neunte Heft des Monats 10 Pfennig,
das zehnte Heft des Monats 10 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptredaktions-
büro, Unter den Eichen 1, nachmittags von
8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 15. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Schuldenkonto: Berlin 37 536 - Bankkonto: Post der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Bank Nr. 40; Kassenkonto: Berlin, Postfach 100 000, 1.

Der Bürgerblock will das Schulgesetz!

Er bringt es vor den Reichstag trotz der Niederlage im Reichsrat. - Doppelvorlage über die Befoldungsreform.

Umtisch wird gemeldet:

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Beschlüssen des Reichsrats zur Befoldungsreform. Es wurde beschlossen, in einigen Punkten, in welchen der Reichsrat von der Regierungsvorlage abweichende Beschlüsse gefaßt hatte, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu unterbreiten. Insbesondere wird die Reichsregierung, entgegen dem Beschlusse des Reichsrats, an der Auffassung festhalten, daß am Finanzausgleich im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts geändert werden kann.

Angesichts der Tatsache, daß der Reichsrat den Schulgesetzentwurf in seiner gestrigen Sitzung abgelehnt hat, beschloß das Reichskabinett, die Vorlage des Schulgesetzes an den Reichstag gemäß Artikel 69 der Reichsverfassung in der unveränderten Form des Regierungsentwurfs vorzulegen.

Befoldungsreform wie Schulgesetz gehen dem Reichstag unverändert zu.

Die Situation, die durch diesen Beschluß geschaffen ist, kann man nur als grotesk bezeichnen. Es steht in der Geschichte der deutschen Republik wohl einzig da, daß der Reichstag sich mit einer Vorlage befaßt, die sachlich nach keiner Richtung hin vorbereitet ist.

Der Gang der Verhandlungen im Reichsrat hat nämlich erwiesen, daß das Innenministerium des Herrn v. Reudell auch nicht die geringste Vorarbeit geleistet hat, um bei der Schulvorlage die Interessen der verschiedenen Parteien auf einander abzustimmen und die Gegensätze zwischen Reich und Ländern zu überbrücken. Mit den Beratungen im Kabinett begann es. Formell stimmten die Minister der Deutschen Volkspartei dem Entwurf zu. Gleichzeitig aber begann ihre Agitation im Lande gegen das Gesetz. Im Reichsrat stellte sich nun heraus, daß die meisten Ländervertreter aus verschiedenen Gesichtspunkten heraus die Vorlage ganz oder teilweise ablehnten.

Tatsache ist jedenfalls, daß kaum zwei deutsche Freistaaten die Vorlage als Ganzes gebilligt haben. Tatsache ist, daß bei der Abstimmung über die einzelnen Teile der Vorlage die Mehrheiten fortgesetzt wechselten. Reudell und sein Kabinett waren über die Stimmung der Länder nicht unterrichtet. Er wollte vielleicht gar nicht unterrichtet sein, sonst hätte er die Behandlung des Schulgesetzes nicht derart überhastet. Wie dem auch sei: sein Ministerium hat die einfachste Amtspflicht vernachlässigt, sich vor der Ausarbeitung der Vorlage über die Stimmung der Länder zu informieren. Ein Referent oder Geheimrat, dem man diesen Vorwurf

machen müßte, würde wohl lange vergeblich auf die Fortsetzung seiner Karriere warten dürfen.

Jetzt ist eigentlich vom Schulgesetz so ziemlich nichts mehr derart, daß es überhaupt noch eine Beratung im Reichstag verdient. Soll man sich über die Kostenfrage unterhalten, obwohl niemand noch jetzt weiß, wie die Länder das Gesetz durchführen wollen? Soll man sich über die Rechte der Simultanschule unterhalten, obwohl auch hier im Reichsrat eine klare Stellungnahme nicht erfolgte und man die Kompromißabsichten der Regierung nicht einmal ahnen kann?

Selbst in der entscheidenden Frage, ob das Gesetz als verfassungsändernd anzusehen ist, entbehrt der Entwurf der Vorbereitung. Nach unserer Meinung ist er verfassungsändernd. Der Gesetzgeber schweigt sich über die seit langem in der Öffentlichkeit und im Reichsrat erörterte Frage aus. Er weiß es offenbar selbst nicht, oder will es nicht wissen.

Es bedeutet jedenfalls eine starke Zumutung an das Parlament, wenn man von ihm verlangt, Beschlüsse über eine Vorlage zu fassen, deren vollkommen unzulängliche Vorbereitung so erwiesen ist wie beim Reichsschulgesetz. Die famosen deutschnationalen Fachminister haben sich bis auf die Knochen blamiert.

Sicher ist es keineswegs, daß auch nur eine einfache Mehrheit für das Schulgesetz in seiner vorliegenden Fassung zustande kommt. Der Weg zu einem Kompromiß, der wenigstens die Länder befriedigt, ist durch die Reichsratsbeschlüsse erschwert, wenn nicht ganz verbarrikadiert. Hätte der Rechtsblock eine Spur von Gefühl für parlamentarische Situationen, eine Spur von Willen zur Erforschung und Feststellung des Volkswillens - er würde die Vorlage zurückziehen. Das tut er nicht. Er fordert das Parlament zu einer Wachtprobe heraus in einer Frage, deren Lösung er selbst nicht sieht. Mit dem Zeugnis seiner Unfähigkeit tritt der Bürgerblock vor den Reichstag.

Daß der Rechtsblock auch in der Befoldungsfrage nicht eine Verständigung mit den Ländern gefunden hat, zwingt ihn zur Einbringung einer Doppelvorlage. Bei der großen Bedeutung, die die Zuschüsse der Länder für eine ganz Reihe von Freistaaten haben, an denen auch die Deutschnationalen und die Volkspartei interessiert sind, wird die Reichsregierung sich auf scharfe Auseinandersetzungen im Parlament gefaßt machen müssen. Das Werk der Befoldungsreform darf jedoch unter keinen Umständen gefährdet werden!

Vorstöß der Sozialdemokratie.

Kapitalistische oder soziale Wirtschaftspolitik.

Seit Anfang 1925 regiert im Reich der Bürgerblock. Der Ausschluß der Arbeiterklasse von Mitregierung und Mitverantwortung erfolgte, weil das Bürgertum ungehindert von sozialen Erwägungen die Neuordnung der deutschen Wirtschaft vornehmen wollte. Wenn auch nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen sind, so hat die Alleinherrschaft des Bürgertums ihm doch zweifellos reiche Früchte gebracht. Die Lasten der Rationalisierung sind auf die Arbeiterklasse abgewälzt worden. Ihre Vorteile aber sind allein dem Unternehmertum zugeflossen, das gleichzeitig seine Steuerlasten ermäßigt und seine Gewinne erhöht hat.

Bis vor wenigen Monaten trugen zwei Millionen Erwerbslose die furchtbare Bürde einer monate- und jahrelangen Erwerbslosigkeit. Unter dem Druck dieser Massenarbeitslosigkeit sanken die Nominallöhne oder blieben auf ihrem alten niedrigen Stand. Da aber gleichzeitig die Preise stiegen und die Mieten mehrfach heraufgesetzt wurden, sank auch der Reallohn ununterbrochen. Es war deshalb selbstverständlich, daß die Besserung der Konjunktur überall das Verlangen nach Erhöhung der Realloöhne zeitigte.

Aber schon zeigen sich wiederum Wolken am Himmel der Konjunktur. Die Kapitalnot, diese Kriegs- und Inflationsfolge, dauert an. Der hohe Zinssatz ist das äußere Anzeichen dafür, seine Erhöhung durch die Reichsbank aber ist zugleich eine Mahnung zur Vorsicht. Soll die eben überwundene erzwungene Beschäftigungslosigkeit wiederum das Schicksal von Millionen werden? Man braucht die Frage nur aufzuwerfen, um die ungeheure Verantwortung zu erkennen, die auf der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung ruht. Durch den hohen Zinssatz, durch den Zollertrag, insbesondere mit Polen, und durch die Durchführung der Kartelle ist ohnedies die Wirtschaftsgesundheit erschwert und verlangsamt worden. Daher gilt es rechtzeitig zu warnen vor wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die den Aufschwung der Konjunktur unterbinden oder gar zu einem Rückschlag führen können.

Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sucht diese Aufgabe zu erfüllen. Dem Wirtschaftsleben droht durch die Erschwerung der Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen große Gefahr. Als kapitalarmes Land kann Deutschland Auslandsgeld nicht entbehren. Selbstverständlich müssen diese Gelder produktiv verwendet werden. Aber das kann bei den öffentlichen Körperschaften ebenso gesichert werden wie bei den privaten Unternehmungen. Daher wird verlangt, daß Anleihen öffentlicher Körperschaften nach den gleichen Gesichtspunkten behandelt werden wie private Auslandsanleihen. Für den Fortgang der Konjunktur aber ist insbesondere die Aufnahme von Auslandsanleihen für den Wohnungsbau unerlässlich. Der deutsche Kapitalmarkt hat bei der Finanzierung des Wohnungsbauens für 1927 völlig versagt. Die Erträge der Hauszinssteuer können nur einen Teil des Wohnungsbaues finanzieren. Sollen etwa 250 000 Wohnungen jährlich gebaut werden - angesichts eines Fehlbedarfs von 1 Million Wohnungen ist das die Mindestmenge -, so muß für etwa 100 000 Wohnungen das Kapital vom Auslande beschafft werden. Aber während das Reichsministerium und eine Mehrheit im Reichstage dafür eintraten, widersetzt sich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Er sieht den Wohnungsbau nicht als produktiv an. Muß aber die Bautätigkeit infolge des Mangels an Kapital eingeschränkt werden, so sind überaus empfindliche Störungen der Konjunktur unausbleiblich.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist der Abschluß von Handelsverträgen. Noch immer befindet sich Deutschland im Zollertrag mit Polen, wodurch nicht nur der deutsche Osten, sondern die ganze deutsche Wirtschaft gefährdet werden. Hunderttausende von Arbeitern könnten neue Beschäftigung erhalten, wenn endlich durch einen Handelsvertrag mit Polen die deutschen Industrieerzeugnisse in größerem Maße in Polen abgesetzt werden. Ebenso wichtig ist es, daß die gewaltig überhöhten Zölle abgebaut und der Hochhaltung der Preise durch die Kartelle entgegengewirkt wird. Beides sind die wichtigsten Ursachen für das dauernde Steigen der Preise für Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände, durch die nicht nur die Lebenshaltung des deutschen Volkes herabgedrückt, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt erschwert wird.

Unter den hohen Preisen leiden alle Schichten des deutschen Volkes. Trotz besserer Beschäftigung ist daher das Dasein von Millionen Menschen unerträglich schwer. Die Löhne sind unzureichend, die Renten noch dürftiger, und selbst bei größter Sparsamkeit können die meisten Menschen nicht einmal die bescheidensten Ansprüche befriedigen. Die tiefe Unzufriedenheit der Massen hat hierin ihre begründete Ursache. Daher geht es nicht länger an, Löhne und Renten tief unter dem sozialen Existenzniveau zu halten. Die Staatsgewalt muß in der Erfüllung berechtigter Lebensansprüche der Masse des Volkes eine wichtigere Aufgabe sehen

Politisches Attentat in Prag.

Der albanische Gesandte in Belgrad von einem Mazedonier erschossen.

Prag, 14. Oktober.

Die Polizeikorrespondenz meldet: Der kürzlich für Prag renommierte albanische Gesandte Cerna Bey, gleichzeitig albanischer Gesandter in Belgrad, wurde heute um 22 Uhr im Café Postage am Wenzelsplatz in Prag das Opfer eines Attentats. Ein ungefähr 16jähriger Bursche, angeblich ein Mazedonier, stürzte sich in dem Augenblick, als der Gesandte in der Garderobe seine Oberkleider holen wollte, auf denselben und gab aus unmittelbarer Nähe einen Revolverşuß auf ihn ab. Der Gesandte brach zusammen.

Das Publikum, das sich auf den Täter gestürzt hatte, übergab ihn der Polizei. Cerna Bey wurde von der Rettungssotlon sofort in ein Krankenhaus übergeführt und ist auf dem Transport dorthin gestorben.

Die schwarzweißroten Keeder im Weltkriege.

Sie wußten, daß Deutschland verlieren würde und wollten ihre Schiffe den Neutralen schenken.

Kopenhagen, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Das schwedische Blatt „Helsingborgsposten“ bringt einen längeren Bericht über einen deutschen Versuch im Weltkriege, die Handelsflotte des Norddeutschen Lloyd und der Rolandlinie den Schweden zu übertragen. Im März 1917 bot ein Vertreter der beiden deutschen Reedereien dem schwedischen Keeder, General Henning, in Helsingborg die gelandeten im Auslande liegenden Schiffe dieser Linien als Geschenk an. Die schwedische Regierung erklärte, daß sie gegen die kostenlose Übertragung der deutschen Schiffe an einen schwedischen Privatmann

nichts einzuwenden habe. Die Einrichtung einer neuen Keederei in Helsingborg war im besten Gange, als Amerika den Krieg erklärte und sofort die deutschen Schiffe beschlagnahmte. Der deutsche Vertreter erklärte bei den Übertragungsverhandlungen wiederholt, daß der Norddeutsche Lloyd sich darüber klar sei, daß Deutschland den Krieg verlieren würde und dann sämtliche Schiffe abgeben müßte. Es kam Deutschland darauf an, die Schiffe vor der Entente zu retten.

Heße schon gegen Rakowskis Nachfolger.

Die Pariser Reaktion heßt jetzt zum Bruch.

Paris, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Die reaktionäre Pariser Presse versucht in der französischen öffentlichen Meinung im voraus gegen den neuen russischen Botschafter Stimmung zu machen. Sie weist unter anderem darauf hin, daß auch er Kommunist sei und man über kurz oder lang auch gegen ihn wie gegen Rakowski vorgehen müsse. Demgegenüber geben die Linksblätter der Hoffnung Ausdruck, daß Briand dem Druck der Reaktion widerstehen und auf seinem Entschluß, Frankreich auf keinen Fall in einen Bruch mit den Sowjets hineinziehen zu lassen, verharren möge.

Dowgalewski erhält das Agrement.

Paris, 14. Oktober.

Die französische Regierung hat beschlossen, das Agrement für den von Moskau vorgeschlagenen neuen russischen Botschafter in Paris, Dowgalewski, zu erteilen.

Rakowski hat dem Vorstehenden der französischen Delegation bei der französisch-russischen Konferenz, de Monzie, seinen Abschiedsbesuch gemacht. Vor dem russischen Botschaftsgebäude in Paris und dessen Seitenausgängen herrscht lebhaftes Treiben. Gepäckwagen und Automobile kommen und fahren ab. Rakowski bereitet seine Reise auf Paris vor.

als in dem Schutz der Profitsinteressen kleiner Schichten. Sie muß mithelfen, damit die Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft, die die Kosten der Rationalisierungskriege jahrelang getragen haben, nun auch an ihren Gewinnen beteiligt werden. Durch eine vorbildliche Lohnpolitik in den öffentlichen Unternehmungen und durch Erhöhung der sozialen Renten ist der Kampf der Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft um die Erhöhung ihrer Bezüge zu erleichtern.

Das ist um so notwendiger, da die Unternehmer freiwillig keine ausreichenden Lohnerhöhungen gewähren und durch die Errichtung von Kriegsklassen bemüht auf eine Verschärfung der sozialen Kämpfe hinwirken. Diese unsoziale Befinnung, dieser Klassenkampf des Unternehmers gegen Arbeiter und Angestellte ist schuld an den zahllosen Lohnkämpfen, an der weiteren Vergiftung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Wie weit die unsoziale Befinnung und die Verachtung für den Willen der Staatsgewalt bei den Unternehmern bereits wieder geht, zeigt die Begründung für die Bildung der Kriegsklassen der Schwerindustrie. Ihr Zweck ist auch der Kampf gegen die Durchführung einer geordneten Anordnung, nämlich der Neuorganisation der Arbeitszeit in der Schwerindustrie, die am 1. Januar 1928 in Kraft treten soll.

Die sozialdemokratische Interpellation ist aber mehr als eine Mahnung an die Reichsregierung. Ihre einzelnen Vorschläge entspringen der Erkenntnis, daß bei der Wirtschaftspolitik nicht wie bisher das Interesse der kapitalistischen Unternehmungen den Ausschlag geben darf, sondern die Wohlfahrt des Volkes. Daher keine Wirtschaftspolitik, die nur der Erhaltung und Förderung des Unternehmergewinnens dient, sondern Maßnahmen, die allen Arbeitsfähigen Arbeitsmöglichkeiten gewähren, die ein weiteres Anziehen der Preise verhindern und die Einkommen erhöhen. In der Vertretung dieser großen sozialen Bedanken weiß die Sozialdemokratie sich einig mit dem ganzen arbeitenden Volke und sie wird, gestützt auf diese Volksmassen, den Kampf für diese Forderungen bis zum Erfolg führen.

Heil, Sieg und Rache.

Die Faust als Argument. — Hitler will Hof erobern.

Die Hitler-Bewegung ist politisch tot, und ihr Tambour Hitler bemüht sich vergebens, sie zu galvanisieren. Als letztes Mittel, Sympathie zu gewinnen, soll nun die Faust sprechen. Am 15. Oktober will Hitler Hof erobern, dazu sind den Ortsgruppen der Hitler-Bewegung Zirkulare zugegangen, in denen es heißt:

„Kadaver der Feinde in Hof schon mehrmals die erbittertesten Anstrengungen gemacht hat, das verlorene Terrain wieder zurückzuerobert, so ergibt sich aus dieser Tatsache erneut die Pflicht, dem Nazionismus als Todfeind unserer Weltanschauung, wenn es sein muß, mit der Faust die rechte Meinung vom Nationalsozialismus beizubringen.“

Adolf Hitler legte dem Bezirksführer Schenck während seiner Unterredung in Bayreuth dringende Ansätze, nichts zu unterlassen, was den Tag so gewaltig als möglich gestaltet. Tun Sie Ihre Pflicht! Auf zum Kampf! Auf Wiedersehen in Hof.

Für Unterkunft und Verpflegung ist bestens gesorgt. Heil, Sieg und Rache!

Rache mit der Faust an der Arbeiterschaft, weil die Hitler-Bewegung Pleite ist! Wie tolle Hunde zusammenschließen kann man die Arbeiter heute nicht mehr gut.

Man wird sehen, wie sich die bayerischen Behörden zu dieser Aufforderung zu Gewalttätigkeiten verhalten werden.

Der Reichslandbund dementiert, daß der amnestierte Ausschüßer Buchrucker eine leitende Stellung in seiner Organisation erhalten soll.

Deutschnationaler Pressedienst und U.

Eine Berichtigung der Telegraphen-Union.

Die Telegraphen-Union schickt uns die folgende Berichtigung:

„1. Unwahr ist, daß die Mitteilungen und Informationen der Deutschnationalen Volkspartei künftig durch den der U.-Hugenberg angegliederten deutschnationalen Nachrichtendienst verbreitet werden.“

Wahr ist, daß die U. als unparteiisches Nachrichtenbureau seit jeher Mitteilungen und Informationen aller Parteien unter Kennzeichnung der Quelle in ihren Dienst aufgenommen hat und dies auch in Zukunft tun wird, wie es sich für eine unparteiische Nachrichtenagentur von selbst versteht, die Zeitungen aller Parteien gleichmäßig bedient. Es bestehen keinerlei Vereinbarungen, die eine Verbreitung aller Mitteilungen und Informationen der Deutschnationalen Volkspartei durch die U. vorsehen.“

Wir nehmen davon Akt, daß keine Vereinbarungen zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der Telegraphen-Union bestehen. Soll man nun daraus schließen, daß sich die Deutschnationale Volkspartei auch ohne Vereinbarung auf Herrn Hugenberg verläßt, oder daß Herr Hugenberg, der zum intransigenten Flügel der Deutschnationalen gehört, nicht alle Mitteilungen seiner Partei veröffentlichen will, sondern nur die, die ihm genehm sind?

Republikaner beleidigt.

Verstrafung nach Tarif B.

Der nationalsozialistische Schneidermeister Theodor Beck hatte im öffentlichen Lokale den Rärnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe auf das wüßteste beschimpft, ihn einen Meiseidumpen, einen meiseidigen Hund, einen Mantelbisch und einen Wollstich genannt, außerdem behauptet, Dr. Luppe sei nur zu dem Zweck nach Amerika gereist, um sich von den amerikanischen Juden Geld zu holen. Dafür stand er jetzt vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Rärnberg. Dieser erkannte, obwohl der Staatsanwalt der öffentliche Anklage erhoben, zwei Monate Gefängnis beantragt hatte, gegen den bereits vorbestraften Angeklagten auf ganze 200 Mark Geldstrafe.

In der Praxis der deutschen Justiz, namentlich aber der bayerischen, gibt es offensichtlich zwei Tarife: einen teuren Tarif A, nach dem Beschimpfungen rechtsstehender Persönlichkeiten, ehemaliger Offiziere usw. geahndet, und einen billigen Tarif B, nach dem Beschimpfungen von Republikanern bestraft werden. Da Oberbürgermeister Dr. Luppe ein bekannter Vorkämpfer des republikanischen Gedankens in Deutschland ist, so gelangte gegen seinen Beleidiger der billige Tarif B zur Anwendung. Natürlich nicht aus bewußter Absicht des Richters, aber aus jener Gesamteinstellung heraus, die in solchen Fällen alle strafmildernden Momente besonders stark im Gefühl des Richters hervortreten läßt, in den umgekehrten Fällen aber die strafverschärfenden.

Die Reichsgelder für Bayern.

Eine notwendige Vereinigung des Haushalts.

München, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Ueberweisung von Reichsgeldern an die bayerische Regierung hat schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt, und zwar insbesondere deshalb, weil diese Gelder — es handelt sich um hohe Millionenbeträge — nur zum geringen Teil durch den Etat der bayerischen Regierung und damit durch die Kontrolle des Parlamentes gelassen sind. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang vor allem der schweren Angriffe, die der inzwischen kaltgestellte Dr. Heim gegen den bayerischen Landwirtschaftsminister Fehr erhoben hat, weil dieser Reichsgelder selbständig für sein Ressort verwendet hat, ohne dem Finanzministerium oder dem Parlament Einsicht in die Verwendung zu geben.

Diese Verhältnisse kamen in der Freitagssitzung des Finanzausschusses im Landtag zur Sprache. Der Finanz-

minister gab, offenbar auf Betreiben seiner bauernbündlerischen Koalitionsfreunde, eine ausdrückliche Erklärung für den Landwirtschaftsminister Fehr ab, wonach der gegen diesen erhobene Verdacht der verschleierte Etablierung ausdrücklich als unbegründet bezeichnet wird. Ein Regierungsoffizier gab ferner auf Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion einen Ueberblick über die in den Jahren 1924 bis 1926 erfolgten Zuweisungen des Reiches, die nicht im Haushalt geführt wurden. Von 1929 an sollen die Zuweisungen restlos im Haushalt nachgewiesen werden. Der Ausschuß beschloß noch, die Regierung zur baldigen Vorlage des Entwurfs einer neuen Haushaltsordnung zu beauftragen.

Die Anwälte gegen die Todesstrafe.

Ein einmütiger Beschluß.

Die strafrechtliche Vereinigung der Berliner Anwälte hat eine Resolution gegen die Todesstrafe beschlossen, in der es heißt:

„Die Todesstrafe, als einziger Rest einer rückständigen Kulturzeit, in der das Strafrecht auf das alleinige System von Leibes- und Lebensstrafen eingestellt war, hat mit deren Wegfall und Ertrag durch Freiheits- und Geldstrafen jede Beziehung zum heutigen Strafenstern verloren. Ihre Beibehaltung erschwert die Rechtsangleichung, die der deutsche Straferwartung an den Strafrechtlichen sucht, und sehr sich über alle kriminalpolitischen Erfahrungen hinweg, nach denen die Zahl der Morde jeden kausalen Zusammenhang mit der Todesstrafe vermissen läßt und sie als Abschreckungsmittel unwirksam ist. Sie ist überdies vor ihrer Vollstreckung eine in ihrer Wirkung auf den Delinquenten fortwährend gesteigerte seelische Folterung und damit eine brutale Vergewaltigung am Menschen, überdies nach ihrer Vollstreckung irreführend, wenn sie ein Justizirrtum gewesen ist. Nur und allein in dem einzigen Fall, in dem es sich um Menschenleben handelt, macht das Gesetz das Wiederaufnahmeverfahren unmöglich, daß sonst jedem Delinquenten in jedem Falle freigeht. Der Vorschlag aber, dem Richter das freie Ermessen einzuräumen, auf Todesstrafe zu erkennen, ist nicht allein aus prinzipiellen Gründen zu verwerfen, sondern auch aus dem Grunde, weil damit das Odium vom Gesetzgeber auf den Richter übertragen und das Vertrauen zur Rechtspflege erschüttert wird.“

Die Versammlung beauftragte den Vorstand der Vereinigung, Maßnahmen zu ergreifen, um in den breiten Massen der Bevölkerung über die Notwendigkeit der Abschaffung der Todesstrafe Aufklärung zu verbreiten.

Lochspitzelzucht in der Sowjetunion.

Eine aufsehenerregende Mitteilung.

Das Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie teilt mit: Burzew, ein russischer rechtsstehender Journalist, der sich vor zwei Jahrzehnten — damals als Revolutionär — durch die Entlassung zahlreicher Lochspitzel der zaristischen politischen Polizei, insbesondere auch des berühmten Kzew, große Verdienste erworben hatte, hat eben in einer Pariser Wochenschrift eine neue Lochspitzelaffäre aufgedeckt. Diesmal handelt es sich um eine weitverzweigte angeblich monarchistische Organisation, die von der GPU (der Tscheka) seit dem Jahre 1921 geschaffen und aufgebaut wurde, um die rechtsradikalen Elemente der russischen monarchistischen Emigration nach Rußland zu locken und ihnen dort den Ausgang zu machen. Im Laufe von sechs Jahren sind zahlreiche monarchistische „Wirkströmungen“ in Rußland aufgedeckt und „rekrutiert“ worden. Unzählige Todesurteile sind gefällt und vollstreckt worden. Jetzt erweisen sich die meisten, wenn nicht alle dieser „Verschwörungen“ als Früchte der planmäßigen propagandistischen Tätigkeit der GPU.

Die von der GPU geschaffene Organisation zählt etwa 400 Mitglieder, meist Agenten der GPU. Die Organisation hat sich den Namen „Truff“ beigelegt.

Die Nachricht von einer griechischen Grenzsperrung gegen Bulgarien wird von Athen aus als unwahr erklärt.

Die letzten zehn Minuten.

„Was dachten Sie sich, als Sie dem Tode ins Auge sahen?“

Von Karl Perktold.

Diese Ausführungen sind keine Internis, sondern akkustisch wiedererweckten Taten oder beim Tischreden heroorgeschwebten Unterweltsgeschichten, sondern Unterredungen mit Menschen, die unmittelbar einige Minuten vor dem drohenden Tode durch ein gütliches Schicksal gerettet wurden.

„Was dachten Sie sich, als Sie dem Tode ins Auge sahen?“ lautete die Frage, als man mich zu Tot beförderte. Und ich erzählte mein Erlebnis.

In einem wunderbaren Sommerlago unternahm ich eine Tour in die Bergeshöhener Berge. Dabei kam ich in eine 70 Meter hohe Wand, die anfangs sehr griffig war, dann aber immer glatter wurde, so daß ich zuletzt vor einem großen Kiesel stand, was ich weiter tun sollte. Ich starrte in die Tiefe und sah unten, 400 Meter unter mir, das Durcheinander von Felsen. Momentan bekam ich ein unangenehmes Gefühl, eine gewisse Borstung. Mit größter Mühseligkeit arbeitete ich mich Meter für Meter empor, aber bald mußte ich mich davon überzeugen, daß ich rettungslos verloren war. Ich konnte mich nur mehr mit den Fingern festhalten, mit den Füßen fand ich keinen Stand mehr, höchstens, daß ich einen Fuß so weit ausstrecken konnte, daß ich mit den Spitzen der Kletterhaken einen Keil vorzuschieben konnte. Das war natürlich auf die Dauer nicht zum Aushalten. Ich suchte die Wand ab, sah aber keinen Ausweg. Unter mir immer die mehrere hundert Meter hohe Wand, an der einzelne Felschen frech aus dem Grau hinausragten. Ich hatte zunächst nur den einen Wunsch, an den Felschen zu hängen. Zugleich jedoch spürte ich, daß meine Kräfte mich verlassen. Meine Hände begannen zu zittern. Meine Anstrengungen, mich aufrecht zu erhalten, wurden verzweifelter, und zum Schluß überkam mich noch ein Schwindelgefühl, so daß die graue Wand bald grün, blau, rot und gelb vor meinen Augen sich färbte. Die Gedanken waren wie ausgeschaltet. Ich rief, schrie und brüllte. Nur ein Echo gab meinen Verzweiflungsschrei zurück. Meine Bogen wurde trasslos. Ich dachte daran, mich loszulassen. Dieses Gefühl verstand ich heute nicht mehr, aber damals war es fast Wahnwitz, mich in die Tiefe stürzen zu lassen. Noch einmal sah ich in das unangenehme Dunkel der Tiefe hinunter, dann — merkte ich ein Vosslassen der Finger, sekundengleich ein Weggleiten, ein augenblickliches Geborensein und ich wußte von nichts mehr. Als ich durch einen heftigen Anprall erwachte, hing ich an den Felschen, die ich einige Augenblicke vorher so wohlgefällig betrachtet hatte. Mein Rücken schmerzte, einige Glieder waren wie leblos, aber ich konnte konstataieren, daß ich heil und gesund war. Und es erwachte der Selbsterhaltungstrieb. Mit zusammengeklappten Lippen überwand ich meinen Schmerz und glitt von den Felschen vorsichtig weg, fand einige Meter darunter einen guten Halt, dann ein Band und zuletzt sogar den Einstieg. Als ich unten ankam, brach ich zusammen.

Ein anderes Erlebnis, das heißt, das Erlebnis eines anderen, muß hier angeführt werden. Ein ehemaliger Offizier wurde in

Winsk wegen Hochverratsverdacht nach russischem Muster zum Tode verurteilt. Man teilte ihm mit, daß er innerhalb drei Tagen hingerichtet werden würde, und zwar in Verein mit sieben anderen Offizieren. Raffen wir diesen Offizier, der in letzter Minute vor dem Tode gerettet worden ist, erzählen: Mit einigermaßen sicherem Gefühl wartete ich auf die Urteilsverkündung. Ich war deshalb so sicher, weil ich wußte, daß das Urteil nur auf den Tod lauten konnte, was auch zutraf. Darauf war ich gefaßt, und ich wunderte mich keineswegs, daß ich es so ruhig hinnahm. Am ersten Tage sah ich noch einige Bissen und dachte über alle möglichen Kleinigkeiten nach, am zweiten Tage konnte ich nur mehr Zigaretten rauchen und am dritten Tage war ich völlig apathisch. Gegen Abend erhielt ich den Besuch meiner Mutter und meiner Schwester. Ich weinte mit ihnen, und als wir getrennt worden, kam es mir erst recht zum Bewußtsein, daß nun für mich das Leben erledigt war, daß ich nun für immer Abschied nehmen mußte. Ich klappte zusammen. Wie oft hatte ich während des Krieges dem Tode ins Auge gesehen, mich aber nie vor ihm gefürchtet. Im Kriege brauchte man auf den Tod nicht zu warten, aber hier in dieser Zelle mußte man warten. Die beiden wachhabenden Soldaten versuchten mit mir einige Worte zu sprechen, aber was sollte ich noch sprechen, wenn jedes Wort unnütz war und ich in einigen Stunden den letzten Gang antreten mußte? Als man mich in der sechsten Morgenstunde aus der Zelle führte, hatte ich nur den einen Gedanken, ob ich mich mit der Augenbinde erschließen lassen sollte oder ohne sie. Dieser Gedanke beschäftigte mich angesichts des Todes. Als ich auf den Gefängnishof hinausgeführt wurde, beschloß mich ein gruseliges Gefühl. Vor mir standen sieben Personen. Komisch, welche Anzüge sie alle nun anhaben, dachte ich mir. Die erste Salve knallte, der erste drach zusammen. Ob sie wohl sicher treffen, die dreizehn Soldaten, freiste es in meinem Hirne. Hier waren nun schon durch Kugeln zusammengesunken. Ich sehnte mich direkt, ebenfalls an die Reihe zu kommen. Nur mehr zwei warteten auf die Hinrichtung, ein älterer Herr und ich. Als man mir die Augenbinde umlegte, erlöste ein Kommando. Man nahm mir die Augenbinde wieder ab. Ein höherer Offizier der Sowjetarmee kam mir lächelnd entgegen und drückte mir die Hand, wobei er mich beglückwünschte. Auf Betreiben des Kommissars, der mir so tatsächlich zu großem Dank verpflichtet war, wurde ich begnadigt und aus dem Gefängnis entlassen. Erst als ich die Straße betrat, sank ich zusammen.

Ein drittes Erlebnis. Vor kurzem mußte ein 17jähriger oberbayerischer Bauernbursche nachschau halten in einer fast 20 Meter tiefen Grube. Als der Junge am Boden des Schachtes war, stürzte die Grube zusammen und über 120 Zentner Erdmassen schaukelten ein Grab für den jungen Menschen. Obwohl die Aussicht, den Jungen lebend bergen zu können, nur ganz gering war, arbeitete man 30 Stunden Tag und Nacht daran, ihn auszugraben. Und wirklich, als man am Boden des Schachtes angelangt war, hörte man ein Keuchen. Man wußte, daß der Junge noch lebte. Bäre man nur um einige Augenblicke zu spät ans Ziel gelangt, dann wäre er erstickt gewesen. Dreißig Stunden hatte es der Sechzehnjährige im Dunkel und fast ohne Luft ausgehalten. Durchihre Stunden hatte er durchlebt. Bereitete hatte den Durchgang nur ein Zufall. Beim Einrücken der Grube kam ein Balken zu liegen, so daß die Erdmassen aufgehalten wurden. Auf die Frage, was er sich in diesem

Dunkel und angesichts des Todes gedacht hatte, antwortete er kurz: „Wir fielen alle Anabensfreiche ein, und das tröstete mich über meine Lage hinweg. Als ich ungefähr zehn Stunden schon ausharrte, hatte ich nur mehr Angst, der Balken könnte nachgeben. Nach 20 Stunden konnte ich mir überhaupt nichts mehr denken. Als ich an das Tageslicht kam, brach ich zusammen!“

Bouffine zum Tanzdrama. „Symphonie der Bewegung“ — unter dieser Bezeichnung sah das russische Tänzerpaar Paris-Dginsk die zehn Nummern seines Programms zusammen. Die Bezeichnung ist zu weit, zu allgemein. Symphonie der Bewegung ist jeder moderne Tanz, aber er sollte es sein. Die Tänze aber, die wir im Schwedischen Saal (ehemals Kindwirth-Schormensaal) sahen, haben eine eigene, sehr charakteristische Note: sie sind Bouffine und Architekturdetails, die der Errichtung des großen Zukunftswerkes dienen sollen und können, das man Tanzdrama nennt. Sie sprechen aus pantomimischer Wurzel und entfallen sich zu mehr oder weniger reinen abstrakten Ausdrucksformen. Ihr Lebensmoment ist ein starker, stets deutlich betonter Rhythmus. Abstrakte Elemente sind nicht ausgeschlossen, stehen aber immer im Dienst der Raumgestaltung. Der Charakter dieser russischen Tänze erscheint in den Duetten am klarsten ausgeprägt. In den parallelen und kontrastierenden Spannungen und Schwüngen, im Rauten, Durchschlingen und Durchstoßen der ineinandergeschlossenen Körper. Hier entstehen originelle, neue Ausdrucksformen, die der deutsche Kunst bisher nicht kannte. Das zeigte sich aber nur in den Duetttänzen, namentlich im „Russischen Bettlerlied“, bei dem allerdings die pantomimischen Elemente noch nicht rein aufgelöst erschienen, und vor allem im „Walter“, einer im rhythmischen Spiel der bewegten Farbformen sehr eindrucksvollen, abstrakt dramatischen Bühnenszene. Weniger erfolgreich waren die Einzeltänze. Die Kompositionen ließen hier zuweilen die rechte Bindung der Bewegungsrhythmen vermissen. Die Technik des weiblichen Partners, Frau Paris, steht nicht auf der bei uns gewohnten Höhe. Bei Dginsk stürte das Varietätortige mancher Nummer. Im Rahmen eines umfangreicheren Bühnenwerks mag dergleichen hingehen. Von einem Solo erwarten wir mehr. Alles in allem: ein Abend, der keinen ungetriebenen Kunstgenuß, wohl aber mannigfache Anregungen bot, die für die deutsche Kunst auf ihrem Wege zum Tanzdrama fruchtbar werden könnten. J. S.

Ullmar Lechis, Helga Normann und He Trübel werden in der ersten Tanzmatinee der Volkshäuser am Sonntag, dem 23. Oktober, im Theater am Bülowplatz Solotänze zeigen. Eintrittskarten zum Preis von M. 1.00 erhältlich.

Konzerter der Meisterschule Pflügers. Die unter Leitung von Hans Wagner lebende Meisterschule für musikalische Komposition bei der Preussischen Akademie der Künste veranstaltet am 18. einen Kammermusikabend in der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, und einen Orchesterabend am 20. 20 Uhr, in dem Konzertsaal der Staatlichen akademischen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Reichentor 1. Beide Abendveranstaltungen werden nur vor geladenem Publikum stattfinden.

Die Organisationskassen im ehemaligen Hotel Bellevue, am Potsdamer Platz, das für Sonntag, ab 14 Uhr, den Eintrittspreis auf 0.50 M. herabsetzt.

Arnold Bronnens Kultur-„Reparaturen“ in den von Barnowitsch-Bühnen zur Aufführung erworben worden.

Gewerkschaften und Schulgesetz.

Gegen Reudell, für Weimarer Verfassung und Gemeinschaftsschule.

In der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des ADGB, wird die Stellung der Gewerkschaften zu dem Reudellschen Reichsschulgesetz scharf umrissen. Die Gewerkschaften, so wird ausgeführt, sind an dem Geist, dem Lehrplan und den Lehrmethoden der Volksschule ebenso interessiert wie an der Ausbildung der Lehrer, denen die Arbeiterkinder anvertraut sind. Wie der Staat sich von der Vorherrschaft der Kirche befreit hat, so haben auch die Gewerkschaften die Schranken weltanschaulicher Bindung überwunden, sie bekennen sich bewußt zu einem Gemeinschaftsideal, das die früher so unübersteiglichen Grenzen einer vergangenen Welt nicht kennt.

Aus diesem Gesichtswinkel heraus betrachten die Gewerkschaften den Entwurf zum Reichsschulgesetz. Der Abzug der Weimarer Verfassung über die Reichsschulgesetzgebung ist zum Teil ein uneingelöstes Rechtsversprechen. Er erhebt die Weltlichkeit des Schulwesens zum Grundgesetz. Die innere Verwaltung und die Aufsicht der Schule soll lediglich Sache des Staates sein:

„Die Kirchen werden grundsätzlich von der Schulaufsicht ausgeschlossen. Die oft geübte Praxis, Geistlichen die örtliche Schulaufsicht zu übertragen, soll künftig unmöglich gemacht werden. Eine Abtastung der volkschulpflichtigen Jugend in Ständeschulen, Klassenschulen ist unter allen Umständen verfassungswidrig. Die Volksschulen sollen soziale Gemeinschaftsschulen werden.“

Nach dem Rechtsversprechen der Weimarer Verfassung ist die gemeinsame Volksschule die Regel, Sonderschulen sind antragspflichtig. Auf diese Weise soll dem Staat als dem Herrn der Schule das Recht gegeben werden, alle Kinder des Volkes gemeinsam in bildungsfähigen Schulen zu unterweisen, nach dem Grundgesetz: ein Volk, ein Staat, eine Volksschule unter der Aufsicht und der verantwortlichen Leitung des Staates.

Die Gewerkschaften, so heißt es in der Betrachtung der „Gewerkschaftszeitung“ weiter, sind mit diesen in der Verfassung niedergelegten Gesichtspunkten einverstanden. Der Reudellsche Gesetzentwurf hat aber mit dem Geist der Verfassung kaum etwas gemein. Er gefährdet die Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens. Er hebt die Vorrangstellung der Gemeinschaftsschule als Regelschule praktisch auf:

„Der Entwurf verzichtet darauf, die Volksschule zu einer Pflichtenstätte deutschen Gemeinschaftsgeistes auszugestalten, er ist ängstlich bemüht, schon die Jugend voneinander abzusondern und, der eingewurzelt deutschen Zwietracht auf geistigem Gebiete das Recht ungeschminkten Einflusses auf den Geist der Jugendlichen zu gewähren.“

Die Gewerkschaften lehnen deshalb den Entwurf, der aus einem untreuen Geist geboren wurde, klar und eindeutig mit einem entschiedenen Nein ab. Sie bestehen darauf, daß der Gemeinschaftswille, der aus den Worten der Verfassung spricht, nicht verkümmert wird in einem Ausführungsgeßetz, das schon in seiner verklausulierten Sprache verkündet, daß hier mit klaren Absichten unwürdiger Schächler getrieben wird:

„Die deutsche Jugend gehört nicht nur den Erziehungsberechtigten, sie gehört dem ganzen Volke. Der Repräsentant des ganzen Volkes ist der Staat. Der Staat vertritt keine Religion und keine Weltanschauung, sondern das ganze geschichtlich gewordene Volk mit allem Reichtum seiner geistigen Gegensätze. Seine Aufgabe ist, diese innere lebendige Gegenfälligkeit den gemeinsamen Interessen des Volkes unterzuordnen, in seinen Schulen die Kinder des Volkes zu Achtung und Verständnis für jede edle Überzeugung zu erziehen. Er kann diese Aufgabe am vollkommensten erfüllen in einer deutschen Gemeinschaftsschule. Die Gewerkschaften würden ihren eigenen Grundsätzen widersprechen, wenn sie sich nicht dafür einsetzen, dem Staat, selbst wider den irreführenden Willen seiner amtlichen Vertreter, das hohe und wichtige Recht zu sichern, über alle trennenden Gegensätze hinweg der Gemeinschaftserziehung zum Siege zu verhelfen.“

Die Gewerkschaften haben damit gesprochen. War auch an ihrer Stellungnahme zum Reudellschen Entwurf nicht zu zweifeln, so wird doch die klare Sprache des Organs des ADGB, dazu beitragen, das Unrecht zu bekämpfen, das der Reudellsche Entwurf der Weimarer Verfassung und dem Reich zuzufügen beabsichtigt.

Internationales Arbeitsamt.

Für paritätische Besetzung des Völkerbundrats.

In der gestrigen Nachmittagsitzung wurden die Verhandlungen des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes zum Abschluß gebracht. Namens der Arbeitergruppe teilte zunächst Jouhaug den Vorschlag der Arbeitergruppe mit, dem Völkerbundsrat in einem Schreiben den paritätischen Charakter der internationalen Arbeitsorganisation in Erinnerung zu rufen, ferner zu verlangen, daß die Anzahl der Arbeitervertreter erhöht werde und daß den Regierungen anheimgestellt werden möge, unter ihren Vertretern in den wirtschaftlichen Beiräten des Völkerbundes auch Arbeitervertreter zu entsenden. Nachdem Albert Thomas die Debatte nochmals resümiert und die wesentlichen Punkte hervorgehoben hatte, gab der italienische Regierungsvertreter die Erklärung ab, er sei mit dem Vorschlag der Arbeitergruppe einverstanden, wonach diese selbst die drei Arbeitervertreter zu ernennen und der Verwaltungsrat in seiner Gesamtheit davon nur Kenntnis zu nehmen habe. Auch der italienische Unternehmervertreter Olivetti trat einen bemerkenswerten Rückzug an, indem er vorschlug, dem Völkerbundsrat die paritätische Zusammenwirkung des Internationalen Arbeitsamtes und die vom Friedensvertrag festgelegten Kompetenzen der internationalen Arbeitsorganisation in Erinnerung zu rufen.

Die Arbeitergruppe schlug als Arbeitervertreter Hermann Müller vom ADGB, Jouhaug und Dudgeest vor. Diese Vorschläge werden dem Völkerbundsrat als Vorschläge der Arbeitergruppe des Verwaltungsrates übermittelt. Es blieb noch zu entscheiden, ob und inwieweit der Verwaltungsrat in einem Schreiben darauf bestehen soll, daß nicht nur die Arbeitergruppe, sondern die internationale Arbeitsorganisation in ihrer Gesamtheit im weltwirtschaftlichen Beirat des Völkerbundes vertreten sein und in welcher Form dieser Beirat zum Ausdruck gebracht werden soll. Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht. Da aber Bedenken erhoben wurden, beschloß endlich der Verwaltungsrat auf Antrag der Arbeitergruppe, die weitere Beschlußfassung bis zur Vornahme auszuschieben.

Bernard Shaw für Mussolini.

Eine Kontroverse mit Friedrich Adler.

Im Februar d. J. veröffentlichte das Londoner liberale Blatt „Daily News“ eine Zuschrift des berühmten englischen Dichters Bernard Shaw, in der dieser, wenn auch mit starken Vorbehalten, Mussolini insofern in Schutz nahm, als er es für eine Torheit erklärte, ihn und den Faschismus insofort anzufügen.

Shaw ist als ein Meister der Feder bekannt. Die Pfeile seiner Satire haben jahrzehntlang den herrschenden Schichten gegolten. Auch wenn er sich nicht ausdrücklich als einer der Gründer der Fabier-Gesellschaft zum Sozialismus bekannt hätte, würde er von den vorwärtsstrebenden Geistes aller Länder und namentlich von den kontinentaleuropäischen Sozialdemokraten als ein wertvoller Bundesgenosse verehrt worden sein.

Um so schmerzlicher war die Liebertatschung, die sein Brief an die „Daily News“ gerade denen bereitet, die in ihm bisher einen Mitstreiter im Kampfe für das Recht, die Freiheit und den Fortschritt erblickt hatten und die in ihm plötzlich einen — wenn auch bedingten — Verteidiger des Faschismus entdecken mußten. Der Brief Shaws rief sofort einen Sturm der Entrüstung, besonders unter den unmittelbaren Opfern des Faschismus, hervor, die mit Recht befürchten mußten, daß Mussolini Shaws Stellungnahme zur eigenen Rechtfertigung und Verherrlichung verwenden würde. Der greise Flüchtling, Genosse Turati, sandte ihm ein empörtes Protesttelegramm. Auch Genosse Friedrich Adler, als Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale, richtete Anfang März an Shaw einen Brief, in dem er seinen Ansichten entschieden entgegentrat.

Volle sieben Monate ließ Shaw nichts mehr von sich hören. Endlich und plötzlich sandte er am 2. Oktober an Adler ein langes Antwortschreiben, datiert vom Regina Palace Hotel in Stresa am Lago Maggiore, also von jenem Winkel Oberitaliens, in dem von den politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen des Faschismus am wenigsten zu spüren ist, weil das ganze Leben dort auf den Fremdenverkehr eingestellt ist.

Wenn ein berühmter Dichter aus dem europäischen Festlande nach London fahren, im Carlton-Hotel absteigen, einige Autofahrten im Regierungsviertel und in der City machen und sich dann auf Grund seiner „Erfahrungen“ erlauben würde, zu verkünden, daß ganz England in Wohlstand und Pracht lebe und daß es überhaupt keine Elendsquartiere in London und keine darbenenden Bergarbeiter in Schottland und Wales, keine verlumpten Dockers in den Hafenstädten

gebe, wach ein höhnisches Gelächter würde ihm entgegenhallen! Welche dankbare Arbeit würde ein solches Verhalten eines Satirikers bieten! Das wäre etwas für einen Bernhard Shaw; er würde diesen oberflächlichen und vermessenen Kollegen in einer Weise schämen und lächerlich machen, daß ihm die Lust zu weiteren politischen und wirtschaftlichen „Reisebeschreibungen“ auf ewig abgehen würde.

Sonderbarerweise ist es aber gerade Shaw selber, der sich in diese unmögliche und lächerliche Situation begeben hat. Sei es aus Rechtsaberei, sei es aus alter Neigung zum Paradox hat er in dem Antwortbrief an Adler seinen Fall bedeutend verschlimmert. Nicht nur, daß er bei den Ansichten verbleibt, die er im Frühjahr in seinem Brief an die „Daily News“ und in einem weiteren Brief an einen besorgten und peinlich berührten englischen Freund entwickelt hatte, er versucht sogar seinen Standpunkt mit Argumenten zu rechtfertigen, die so hahnhehisch sind, daß es einem schwer fällt, zu glauben, daß sie ernst gemeint sind. Da aber Shaw selber Wert darauf gelegt hat, daß der Briefwechsel der Öffentlichkeit übergeben werde, muß man schon annehmen, daß ihm seine Verrätherheit selber gefällt.

Seine Argumente sind z. B.: Warum richten die Kommunisten in Italien nicht selber eine Diktatur auf, denn sie verfügen ja auch über Rizinussäure und Revolver? Mussolini mag zwar Matteottis Ermordung verschuldet haben, aber auch Napoleon ließ den Herzog von Eughien widerrechtlich auf fremden Boden verhaften und erschließen, und er war doch ein großer Mann, dem sein Volk zujubelte, weil er Ordnung schaffte. (Shaws schrankenlose Bewunderung für Napoleon rührt wohl daher, daß er als Ire England über alles haßt, und somit im Franzosenkalter den größten Feind Englands vergöttert.) Der Faschismus, so meint Shaw weiter, kann nicht so schlimm sein, denn die Vire ist 30 Pfennig wert, der Franz des demokratisch regierten Frankreichs nur 20 Pfennig. Er denke nicht daran, Mussolini zu befehlen, wie es Kautsky gegenüber Lenin, Karl Marx gegenüber Thiers, Victor Hugo gegenüber Napoleon III. gemacht hätten. Mussolini habe bewiesen, daß der Faschismus zu regieren verstehe, während die Sozialisten das Gegenteil gezeigt hätten.

Man sieht an diesen Beispielen, auf welchem Niveau sich die „Beweisführung“ von Bernard Shaw bewegt. Man kann daher dem Genossen Adler nur recht geben, wenn er in einer neuen Antwort erklärt, es erscheine ihm völlig hoffnungslos, sich mit Shaw über die Frage des Faschismus jemals verständigen zu können.

Man kann die gesamte Debatte, die ebenso lebhaft wie undurchsichtig war, dahin resümieren, daß die Unternehmergruppe wie immer vornehmlich sich dagegen stemmte, den Einfluß und die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes nach außen zur größeren Geltung zu bringen. Die Unternehmer scheinen aber schließlich angesichts der Tatsache, daß die meisten Regierungsvertreter sich ihrem Standpunkt nicht anschließen, wohl oder übel sich zu einer besseren Einsicht bekehrt zu haben. Die Entscheidung fällt allerdings erst in der Januartagung, aber sie kann jetzt schon nicht zweifelhaft sein. Der Antrag des französischen Regierungsvertreters, der dem Völkerbundsrat im Sinne der Vorschläge der Arbeitergruppe die Notwendigkeit der paritätischen Vertretung des Arbeitsamtes als Vertretung der internationalen Arbeitsorganisation in Erinnerung rufen wollte, war dafür bezeichnend genug. Es ist kein Zweifel, daß die meisten Regierungsvertreter für diesen Antrag gestimmt haben würden.

In seinem Schlusswort dankte der Präsident des Verwaltungsrates, Herr Arthur Fautaine, der deutschen Regierung für die herzliche Aufnahme und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß dadurch die Annäherung und die Zusammenarbeit der Völker gefördert worden sei. Ministerialdirektor Sigler dankte im Namen der deutschen Regierung. Es sei für Deutschland eine besondere Ehre gewesen, den Verwaltungsrat in seiner Mitte zu sehen. Zweifellos würde diese Tagung das Interesse an den Arbeiten der internationalen Arbeitsorganisation in Deutschland steigern und die guten Beziehungen zwischen beiden Teilen stärken und festigen.

Die Kriegsoffer.

Ergebnisse der III. Internationalen Konferenz der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Der Verlauf und die Ergebnisse der vom 29. September bis 2. Oktober in Wien abgehaltenen III. Internationalen Konferenz der Kriegsoffer waren sehr befriedigend. Das Hauptgewicht lag natürlich in der Tätigkeit der Kommissionen. Die Leitung der Kommission für Beratung der Invalidenverfolgung hatte Marote (Deutschland), als langjähriges Vorstandsmitglied des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten eine besonders sachkundige Persönlichkeit. Er wurde trefflich unterstützt durch den französischen Vertreter, den früheren Feldgeistlichen Abbé Secret, durch Bazarewitsch (Jugoslawien) und Leppin (Tschchoslowakei). Besonders bemerkenswert war der Beschluß, beim Internationalen Arbeitsamt in Genf darauf hinzuwirken zu lassen, daß eine internationale Sachverständigenkonferenz baldmöglichst einberufen werde, die sich mit der Verlesung der Kriegsoffer zu befassen habe. Die vorgelegten Statistiken belegen in der Tat, daß sehr erhebliche Unterschiede bestehen und daß Deutschland keinesfalls an der Spitze marschiert. Diese geplante Konferenz soll sich aus Vertretern der am Kriege beteiligten gewesenen Länder und aus solchen der Kriegsbeschädigtenorganisationen unter Leitung des Internationalen Arbeitsamtes zusammensetzen. Wir zweifeln nicht, daß das Internationale Arbeitsamt diesen Vorschlag gern aufgreifen und zu fruchtbarer Arbeit führen wird. Je früher, um so besser! Man kann nicht oft genug die früheren Gegner an einen Verhandlungstisch zusammenbringen.

Erstaunlich aber war weiter die Feststellung, daß die Beschlüsse der vorjährigen Internationalen Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmerkonferenz zu Genf den verschiedenen Staaten zwar übermittelt, daß aber nicht eine einzige Regierung es der Mühe wert gefunden hat, auch nur dankend zu quittieren. Im Reichstag werden die Minister Dr. Brauns und Dr. von Reudell wohl Veranlassung nehmen müssen, sich hierüber zu rechtfertigen.

Die II. Kommission (Allgemeine Angelegenheiten, Friedenfrage usw.) leitete Dr. Stein und Stachewski (Polen). In der Diskussion und Abfassung verschiedener auf internationale Zusammenarbeit und internationale Ziele (Frieden) bezüglicher Resolutionen beteiligten sich René Cassin (Frankreich) und Kohnmann (Deutschland). Eine der Entschlüsse lautet:

„Die III. Konferenz ist der Ansicht, daß die Organisationen der

Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer ihre Kräfte mit denen anderer Organisationen, welche für den Frieden arbeiten, in nationaler und internationaler Beziehung vereinigen sollten. Um eine Grundlage für diese Zusammenarbeit zu gewinnen, wird der Vorstand der „Cia mac“ beauftragt, mit den internationalen Vereinigungen, insbesondere mit dem Weltverband der Völkerbundgesellschaften und mit dem Internationalen Friedensbureau in Verbindung zu treten.“

Verschiedene Veranstaltungen folgten sich in den Rahmen der öffentlichen und der vertraulichen Sitzungen ein. Bei einer Tobemgedächtnisfeier am „Stimmungsboden“ Kriegerdenkmal im Zentralfriedhof in Wien sprach außer Vertretern anderer Nationen auch R. Cassin, neben Paul Boncour bekanntlich amtlicher Vertreter Frankreichs beim Völkerbund. Cassin ist Vorstandsmitglied der größten Kriegsbeschädigtenorganisation Frankreichs (der ungenannten *fédérale des associations Françaises des mutilés, blessés et anciens combattants de la grande guerre*). Bemerkenswert war, daß dieser (der Richtung Briand zugehörige) Franzose dabei betonte, er habe seit acht Jahren noch nie an einem Kriegerdenkmal gesprochen, weil solche Feiern bisher immer dazu mißbraucht worden seien, den Rednern einen Hintergrund zu geben. Mit größtem Beifall kam der frühere französische Feldgeistliche B. Secret in einer vom Zentralverband veranstalteten großen öffentlichen Versammlung zu Wort.

Küßlich war das Fernbleiben amerikanischer und englischer Vertreter. Auch Horthy-Ungarn fehlte. Daß dagegen die faschistische Regierung nicht gewogt hatte, Vertretern ihrer großen „associaz one nazionale famiglio dei caduti in guerra“ die Zutritt zu dem rein demokratisch-proletarisch gerichteten Kongreß zu verweigern, zeigt davon, welches Gland in diesen Kreisen in Italien herrscht und wie stark dort in dieser Organisation trotz allen antisozialistischen Terrors der Zusammenhalt sein muß.

Regierungskrise in Lettland.

Wegen des Handelsvertrages mit Rußland.

Riga, 14. Oktober. (U.)

Das bisher zur Regierungskoalition gehörende demokratische Zentrum hat heute unerwartet seinen Austritt aus der Regierung angemeldet. Der Vertreter des demokratischen Zentrums, Justizminister Bile, ist von seinem Posten zurückgetreten. Damit ist die bisher latente Regierungskrise eingetreten. Die Stellungnahme des Zentrums zum russischen Handelsvertrag hat, wie verlautet, bei dem Bruch eine entscheidende Rolle gespielt.

Ludendorff enthüllt.

Behauptung von entwaffnender Wirkung.

Obwohl Ludendorff die Freimaurer bereits durch seine Broschüre vernichtet hat, sieht er sich gezwungen, sie noch vernichtender zu vernichten. Er veröffentlicht die angeblich selbständigen Beweise für den jüdischen Ursprung des Freimaurertums, als da sind:

Der Freimaurerführer, nicht etwa das Schurzfell des mittelalterlichen Handwerksmeisters, sondern die Befolgung einer Vorchrift des Pentateuch, die dem Juden verboten, mit entblößter Scham vor dem Altar Gottes zu erscheinen.

Ferner: die Weihe des Freimaurers, bei der der Meister dem Kopfen den Zirkel auf die nackte Brust legt und mit dem Hammer einen Schlag darauf vollführt. Dabei fließt Blut... genau wie bei der Beschneidung der Juden.

Wir wollen Ludendorff noch einen weiteren Beweis liefern: der Name „Freimaurer“ hat nichts mit Maurern zu tun, sondern leitet sich her von dem jüdischen Wort „Maure“ (Turk). Woraus sich ergibt, daß die Freimaurer schon von Anfang an vor den entsetzlichen Ludendorffschen Enthüllungen gezittert haben.

Im übrigen scheint es uns gewiß, daß der Name Ludendorff nun wieder berufen ist, eine große Rolle zu spielen: wann nicht in den Büchern der Geschichte, so doch in den Lehrbüchern der Gehirnpathologie.

Die Holzarbeiter für den Schiedspruch.

Nach keine Erklärung der Arbeitgeber.

Die Funktionäre der dem Kantalarbeitervertrag der Berliner Holzindustrie unterstehenden Betriebe nahmen gestern Abend in einer stark besuchten Versammlung in den „Kammerkassen“ zu dem bereits in unserer gestrigen Abendausgabe mitgeteilten Schiedspruch Stellung. Der Bevollmächtigte Genosse Boese schilderte noch einmal kurz den Gang der Verhandlungen vor dem Schiedsgerichtsausschuss und gab den materiellen Inhalt des Schiedspruches bekannt.

Ueber die Stellungnahme der erweiterten Ortsverwaltung zu diesem Schiedspruch ließ er vor der Debatte nichts verlauten, um nicht beschuldigt zu werden, die Funktionäre beeinflusst zu haben.

In der mit einigen Ausnahmen sonst äußerst sachlichen Diskussion war die Meinung der Funktionäre über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches natürlich geteilt. Begrüßt wurde von allen Rednern, daß es gelungen ist, die Zulage von neun Pfennigen ab 1. Oktober und von weiteren drei Pfennigen ab 1. Januar auf alle bestehenden Löhne und Akkorde und nicht nur auf die bereits bestehenden Tariflöhne zu erwirken. Die Redner, die für die Ablehnung des Schiedspruches eintraten, taten dies, weil durch den Schiedspruch die Forderung auf 15 Pfennig Lohnerhöhung nicht voll erfüllt und die Laufzeit des Lohnabkommens zu langfristig festgesetzt worden sei. Es schloß auch nicht an Rednern, die der Organisationsleitung Verschleppungstaktik vorwarfen und die Auffassung vertraten, daß man schon bei Ablauf der Lohnfrist am 30. September, als die Verhandlungen noch nicht erledigt waren, den Streik proklamieren sollte.

In seinem Schlusswort wies Genosse Boese die Angriffe gegen die Ortsverwaltung zurück und gab dann die Stellungnahme der erweiterten Ortsverwaltung bekannt, die gegen die Stimmen von sieben kommunistischen Mitgliedern beschlossen hat, den Funktionären die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen.

Die geheime Abstimmung ergab mit 345 gegen 244 Stimmen bei einer ungültigen Stimme die Annahme des Schiedspruches. Genosse Freygang teilte zum Schluß mit, daß die Arbeit in den bestreikten Betrieben erst am Dienstag wieder aufgenommen wird, wenn die Unternehmer erst kurz vor Ablauf der Erklärungsfrist, Montag nachmittags 4 Uhr, sich für die Annahme des Schiedspruches aussprechen würden. Sollte die Zustimmung der Unternehmer früher erfolgen, dann wird die Ortsverwaltung in der Presse den Beginn der Arbeitsaufnahme bekanntgeben. Lehnen die Unternehmer den Schiedspruch ab, dann geht der Streik weiter. Die Streikleitung wird dann die weiteren Maßnahmen ergreifen.

Entscheidende Wendung im Brauerstreik.

Der Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Wie wir noch in einem Teil unserer gestrigen Abendausgabe berichten konnten, hat der Schlichter dem Antrage der Unternehmer auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 11. Oktober stattgegeben, mit der Maßgabe, daß der Absatz 3 des Schiedspruches in Ziffer 2 folgenden Wortlaut erhält:

„Das tarifmäßige Kündigungsrecht der Parteien wird hierdurch nicht berührt.“

Ziffer 2 des Schiedspruches lautet:

Obgleich eine dauernde Beschäftigungsmöglichkeit mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Jahreszeit nicht gegeben ist, werden sämtliche bei Ausbruch des Streiks beschäftigten ständigen Arbeiter wieder eingestellt.

Damit soll lediglich verhindert werden, daß der Ausschluß einzelner Arbeiter von der Wiedereinstellung als Maßregelung aufgefaßt werden kann.

Die einzelnen Firmen behalten sich aber vor, diejenigen Arbeiter, für die aus betriebstechnischen Notwendigkeiten eine dauernde Beschäftigung nicht möglich ist, zur gegebenen Zeit zur Entlassung zu bringen.

Der letztere Satz ist also gestrichen und durch die Fassung des Schlichters ersetzt.

Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit werden die Löhne um drei Mark in der Spitze erhöht und für die Zeit vom 1. Januar bis zur Geltung des Lohnabkommens am 29. Februar 1928 um eine weitere Mark.

Während noch im Laufe des gestrigen Tages die Lohnkommission zu der durch die Verbindlichkeitsklärung veränderten Situation Stellung nahm, werden die Funktionäre heute in einer Versammlung um 9 Uhr im Gewerkschaftshaus dazu Stellung nehmen.

Der Kampf in Mitteldeutschland.

Die Einigungsüberhandlungen gescheitert!

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers fanden gestern erneut Einigungsüberhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau statt. Da die Unternehmer absolut kein Entgegenkommen zeigten, sah sich der Schlichter, Herr Professor Dr. Brahn, nach zwölftägiger Dauer veranlaßt, die Verhandlungen zu schließen, ohne einen Schiedspruch zu fällen. Damit ist der Kampf im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau unvermeidbar geworden. Heute findet in Halle erneut eine Konferenz statt, die die letzten Vorbereitungen für den Kampf zu treffen hat.

Ein Erfolg der Berliner Textilarbeiter.

Der Textilarbeiterverband hatte für die Arbeiterschaft der Plüschfabrik Reich u. Gög eine Zweiprozentige Erhöhung der Zeit- und Akkordlöhne gefordert.

In der ersten Verhandlung lehnte die Firma eine Lohnerhöhung ab. Darauf beschloß die Arbeiterschaft in geheimer Abstimmung den Streik, dessen Beginn jedoch der Verband bestimmen sollte. In der darauf folgenden Verhandlung wurde folgende Einigung erzielt. Die Stundenlöhne der Arbeiter werden um sechs Pf., die der Arbeiterinnen um vier Pf. und die Akkordlöhne um 10 Proz. erhöht. Im übrigen gelten die tariflichen Bestimmungen.

In der darauf folgenden Versammlung stimmte die Arbeiterschaft dieser Regelung zu, womit die Bewegung erledigt war.

Leistung des Fabrikarbeiterverbandes.

Der Fabrikarbeiterverband hat im ersten Halbjahr 1927 für insgesamt 650000 Arbeiter und Arbeiterinnen die tariflichen Löhne um wöchentlich 1700000 Mark erhöht und für 18000 Arbeiter und Arbeiterinnen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von sechs Stunden errungen. Der erreichte Erfolg wäre zweifellos weit größer gewesen, wenn die Arbeiter, für die diese Verbesserungen erkämpft wurden, geschlossen hinter der Fahne des Fabrikarbeiterverbandes marschieren würden.

Zur Abgrenzung der Landesarbeitsämter.

Wie die Telegraphenunion erfährt, sollen in der kommenden Woche nach Eingang der Vorschläge der Landesregierungen und der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter die Verhandlungen mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Neuabgrenzung der Bezirke aufgenommen werden. Die Verhandlungen werden am Montag beginnen und voraussichtlich bis zum Ende der kommenden Woche dauern. Das Ergebnis der Verhandlungen, die die endgültige Festlegung der neuen Bezirke der Landesarbeitsämter nach den für die neue Reichsanstalt geleglich festgelegten wirtschaftlichen Gesichtspunkten zum Ziele haben, wird kaum vor Ende dieses Monats vorliegen.

Die Entlassungen in den Reichsbahnwerkstätten.

Ueber die Personalpolitik der Reichsbahn gibt ein Schreiben der Deutschen Reichsbahngesellschaft an das Thüringische Wirtschaftsministerium, das durch eine Anfrage der SPD. über die Entlassungen in der Werkstätte in Weiningen veranlaßt worden ist, einige bemerkenswerte Anhaltspunkte:

Unter dem Druck der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse sei, so heißt es in dem Schreiben, die Bahn gezwungen, die sparsam wirtschaftliche Durchbildung des Werkstättenpersonals weiterzuführen. Für die Verbesserungswerte könne die Arbeit nur durch Zusammenfassung der Aufgaben erledigt werden. Deshalb müßten für den Arbeitsanfall ungünstig liegende oder veraltete Werkstätten stillgelegt oder eingeschränkt werden. Um den sozialen Organismus

der beteiligten Gemeinden zu schonen, erfolge der Abbau nur allmählich, und zwar anteilmäßig in den Bezirken. Die für die Arbeiter mit dem Abbau verbundenen Härten versuche man durch Ueberführung der Arbeiter in Kosten als Zeitarbeiter zu mildern. Weiter werde geprüft, inwieweit die Ueberführung von Bediensteten in benachbarte Betriebe der Bahn oder andere Betriebe erfolgen kann. Soweit Arbeiter entlassen werden, erhielten sie ein erhöhtes Uebergangsgeld, wodurch ihnen über die erste Zeit hinweggeholfen werde. Tüchtigen Facharbeitern werde es mit Hilfe dieses nicht unerheblichen Uebergangsgeldes möglich sein, sich als selbständige Handwerker niederzulassen.

Auch die Christlichen rühren sich!

Köln, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Die christlichen Gewerkschaften des Rheinlandes sind zurzeit äußerst rego. In allen größeren Orten halten ihre Ortsausschüsse Versammlungen ab, um Forderungen an die Reichsregierung und an die Zentrumsfraktion des Reichstags zu formulieren. Der Ortsausschuss Köln des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an die Reichsregierung u. a. das Verlangen gerichtet, dafür zu sorgen, daß die Beamtenbesoldung nicht zum Anlaß einer allgemeinen Preissteigerung benutzt wird. Weiter erwarbt der Ortsausschuss, daß noch vor Ablauf des Kalenderjahres eine Senkung der Lohnsteuer eintritt. Der Reichsfinanzminister wird gefragt, wie er über eine Heraushebung der Bezüge der Sozial- und Kleinrentner denkt, und schließlich wird gewünscht, Mittel bereitzustellen, um die Altersgrenze in der Invaliditätsversicherung von 65 auf 60 Jahre herabzusetzen. Hinsichtlich der Beamtenbesoldungsfrage betont der Ortsausschuss noch, daß er gegen die Erhöhung der Beamtengehälter nicht Stellung nimmt, obwohl gewisse Vorschläge der Reichsregierung nicht unbedingt eine staatliche Notwendigkeit darstellen. Es wird gleiches Recht für alle verlangt.

Böhmische Bergleute für sächsische Gruben.

Drag, 14. Oktober. (TZ)

Nachdem bereits vor acht Wochen 300 Bergleute aus Nordwest-Böhmen in das sächsische Revier abgemwandert waren, haben neuerdings wieder vier sächsische Kohlenbergwerke im Zwickauer Lohngebiet das Prager Landesarbeitsamt um Bemittlung von 950 Bergleuten für Steinkohlenbau ersucht. Bisher wurden 400 Arbeiter nach Sachsen vermittelt. Gegen eine weitere Anwerbung von Arbeitern hat jedoch das Ministerium Bedenken ausgesprochen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund veranstaltet in der Zeit vom 24. bis zum 29. Oktober in Hamburg seinen 4. Gewerkschaftskursus. Die Vorlesungen behandeln durchweg Themata, die mit der Stellung des Beamten im neuen Staat zusammenhängen. Als Vortragende sind gewonnen worden: Ministerialdirektor Dr. Brill, Ministerialrat Dr. Falkenberg, Oberfinanzrat Dr. Fleißmann, Bürgermeister Dr. Karl Herz, Dr. Paul Herz, R. d. R. Dr. Kogur, Staatssekretär Krüger, Dr. Böler, Dr. H. Weberg und Regierungsrat Woldt. Während des Gewerkschaftskurses wird eine große öffentliche Kundgebung der freien Gewerkschaften zur Bildungsfrage stattfinden.

Preis Gewerkschaftskursus Ost-Berlin. Fahrt nach Rathenow. Treffen 16 Uhr Bahnh. Rathenow und 18 1/2 Uhr Bahnh. Alexanderplatz. Die Fahrleiter treten sich jeweils eine Viertelstunde früher. Bringt Posen, Stempel, Reisküchlein, Semmelbrotchen mit!

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Künze; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Götze; Revolution: Dr. John Schlawitz; Kolonial- und Sozialpolitik: Fritz Herzfeldt; Anzeigen: Th. Glöck; Kunst in Berlin: Berlin; Nordwärts-Berlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Nordwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Gust. Götze u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Bismarck-Platz und „Unterhaltung und Wissen“.

Sophien-Säle

Sophienstr. 18 + Norden 9296 u. 12643

Für Vereine und Versammlungen
in jeder Größe

Großer Strumpf- u. Handschuh-Verkauf

Damen-Strümpfe		Damen-Handschuhe	
Prima Baumwolle mit Doppelsohle..... 78 P. Prima Strapazierqualität mit Doppelsohle, Hochferse und Naht..... 1.25 Prima Kunstseide mit Naht..... 1.45 Netzweill. Unterziehstrümpfe 1.45 Prima Seidenflor mit Doppelsohle, Hochferse u. Naht..... 1.95	Wolle mit künstlicher Seide 2.95 Keine Wolle einfarbig und schwarz..... 3.50 Wolle und künstliche Seide meliert oder einfarbig..... 3.95 Eleganter Winterstrumpf innen Wolle, aussen künstl. Seide, unifarbig..... 5.50	Tricot mit 2 Druckknöpfen, farbig..... 95 P. Tricot sehr gutes Fabrikat, farbig und schwarz..... 1.25 Schweden mit, mit wollenem Halb..... 1.45 Leber mit, Spezialqualität „Merino“, weiß..... 1.95 Tricot durchgehend gestrickt, 2 Druckknöpfe..... 1.95 Keine Wolle gestrickt, farbig..... 1.95	Glatte farbig, 2 Druckknöpfe..... 3.90 Nappa-Stepper 2 Druckknöpfe..... 4.90 Wachleder-Stepper waschbar mit Wasser und Seife..... 3.90 Seitens-Formats-Annahmeknöpfe , weiß u. gelb..... 4.00 Liegenleder knöpfe..... 5.00 Nappa-Stepper m. warmem Futter, 2 Druckknöpfe..... 5.90 Nappa-Stepper m. warmem Futter und Fellrand..... 6.90
Herren-Socken		Kinder-Handschuhe	
Einfarbig oder gemustert 75 P. Prima Woll mod. Jacquardmuster..... 1.25 Fantasielocken Pa. Qualitäten..... 1.95	Prima reine Wolle gestrickt..... 1.95 1.45 Elegante Wollsocken einfarbig meliert oder gemustert, in grosser Auswahl..... 2.95	Tricot oder gestrickt, farbig..... 95 P. Tricot durchgehend gestrickt..... 1.65	Nappa-Stepper 1 und 2 Druckknöpfe..... 3.50 Nappa-Stepper durchgeh. Futter..... 4.90
Herren-Handschuhe			
Schweden mit, farbig, 1 Druckknopf..... 1.25 Tricot m. 2 breiter Seidenrippe, farbig, 1 Druckknopf..... 1.95 Wildleder mit, farbig, 1 Druckknopf..... 2.90 2.45	Nappa ganz gesteppt, 1 Druckknopf..... 4.90 Nappa-Stepper gute haltbare Qualität, 1 Druckknopf..... 5.90 Nappa-Stepper m. warmem Futter, 1 Druckknopf..... 6.90		

In unseren Häusern
Leipziger Strasse, 1. Stock, u. Alexanderplatz, 2. Stock, veranstalten wir
ab Montag, den 17. Oktober

Vorführungen:
„Die Kleidung der Dame“

Eintritt nur für Damen.
Wir zeigen Damen-Wäsche, Hüfthalter, Corsets, Damen-Bekleidung, Pelze, Maskenkostüme.

Karten sind ab heute, soweit Vorrat, an den Kassen unserer Damen-Wäsche- und Damen-Konfektions-Abteilungen kostenlos erhältlich.

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Str. * Andreasstr. * Chausseestr.

D 1230 auf den Azoren sicher gelandet.

1800 Kilometer in knapp 11 Stunden. — Jubelnder Empfang.

Das dreimotorige Junkers-Großflugzeug D 1230, das unter Führung der Piloten Coole und Starke Freitag früh 6,25 Uhr in Lissabon gestartet war, ist am gestrigen Freitag nachmittags bereits um 15,10 Uhr in Horta (Azoren) glatt gelandet. Die deutsche Dzeanmaschine hat die erste Atlantikflüge Lissabon—Azoren bedeutend schneller bewältigt, als allgemein — und wohl auch von den Fliegern selbst — vorher angenommen wurde. Die Luftlinie Lissabon—Horta beträgt fast genau 1800 Kilometer, zu deren Bewältigung das Junkers-Flugzeug nur 10 1/2 Stunden benötigt hat. Rein rechnerisch würde sich demnach eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 165 Stundenkilometern ergeben, doch ist anzunehmen, daß die Maschine natürlich nicht genau die Luftlinie innegehalten, sondern einen Flugweg von annähernd 2000 Kilometern hinter sich gebracht hat, so daß sie tatsächlich eine Geschwindigkeit von etwa 180 Kilometer in der Stunde erreicht haben würde.

Die erste Nachricht über das Erreichen der am weitesten östlich gelegenen Azorensinsel Sao Miguel traf bereits gegen 1/5 Uhr nachmittags in Deutschland ein, denn die Funkstation Norddeich erhielt folgenden Funkpruch von Horta: „4 Uhr 6 Min. erhalten soeben Nachricht von Ponta Delgada, daß D 1230 Wellenbrecher von Ponta Delgada passiert.“ Ponta Delgada liegt an der Südküste von Sao Miguel, etwa 290 Kilometer südöstlich von Horta, der Hauptstadt der Azorensinsel Faial. Bereits gegen 5 Uhr wurde in Horta bekannt, daß das deutsche Flugzeug an der Südküste der Azorensinsel Rico mit Kurs auf Horta gesichtet worden sei. Auf diese Nachricht hin, die sich schnell verbreitete, strömte eine zahlreiche Menschenmenge zum Hafen von Horta, wo man dann bald nach 5 Uhr das Junkers-Flugzeug am südöstlichen Horizont sichtete. Die Maschine näherte sich schnell und landete unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung um 15,10 Uhr glatt und sicher. Die Anflüge sowohl wie das Flugzeug selbst befinden sich in bester Verfassung.

Meldungen über die Absichten der Flieger hinsichtlich ihres Weiterfluges liegen zurzeit noch nicht vor. Die Wetterlage auf dem nunmehr in Frage kommenden Teil des Atlantischen Ozeans ist so, daß die meteorologischen Voraussetzungen auf dem Kurs Azoren—Bermudas im Augenblick ungünstig, dagegen zwischen den Azoren und Neufundland bzw. Halifax (Neufundland) ziemlich günstig sind.

Horta, 14. Oktober.

Wie uns berichtet wird, wurde die Befragung der „D 1230“ bei der Landung mit starkem Händeklatschen begrüßt. Es waren auch Ausländer vertreten. Die Frau des englischen Konsuls und die Damen des amerikanischen Amtsoberleiters haben die Piloten, die der Passagierin vorzustellen. Alle Flieger sind jetzt in der deutschen Kolonie untergebracht. Die in Horta anwesenden Monteure sind an Bord gegangen, um die Maschine zu überholen.

In den Kreisen der hier stationierten Flieger ist man der Ansicht, daß der Weiterflug der „D 1230“ nach Neufundland, falls die Wetterlage es gestattet, bereits morgen erfolgt. Die Schauspielerin Frau Dillens gedenkt auf jeden Fall weiter mitzufliegen.

Ankunft und Weiterflug des D 1220.

Amsterdam, 14. Oktober.

Das deutsche Flugzeug D 1220 traf heute 13,35 Uhr im hiesigen Flughafen Schellingwoude ein und setzte kurz darauf im Gleitflug glatt auf das Wasser auf. 15 Minuten später lag das Flugzeug bereits fest verankert. Zurzeit ist man damit beschäftigt, die Tanks des Flugzeugs mit Benzin aufzufüllen. Insgesamt werden noch 800 Liter Benzin zu dem bereits vorhandenen Vorrat eingenommen werden. Wie der Pilot erklärte, beabsichtigen die Flieger morgen früh 6 Uhr, falls die Wetterverhältnisse günstig sind, erneut zu

starten. Das Ziel des morgigen Etappenfluges steht noch nicht genau fest, da es entsprechend der Wetterlage erst morgen auf dem Fluge festgelegt werden soll. Es sieht jedoch fest, daß das Flugzeug in südwestlicher Richtung abfliegen wird. Die Flieger wollen versuchen, den Hafen von Lissabon direkt zu erreichen. Sollte dies wegen der Wetterlage nicht möglich sein, so wird beabsichtigt, einen spanischen Hafen, Vigo oder Ferrol, anzufliegen.

Die Ursachen des Schleizer Unglücks.

Bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt.

Die „Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt“ in Adlershof hatte zu gestern die Berliner Presse zu einer Besichtigung ihrer Versuchsanlagen eingeladen. Im Verlauf der Besichtigung kam es auch zu einer Aussprache über das Schleizer Flugunglück, dem, wie crinnerlich, auch der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten Freiherr v. Falkenhayn zum Opfer gefallen war.

In der Versuchsanstalt ist das Schleizer Flugzeugunglück genau untersucht worden. Die einzelnen Bruchstücke wurden von Schleiz nach Berlin transportiert und in den Laboratorien genau geprüft. Die Untersuchung zur Aufklärung des Unglücks hat ergeben, daß der Witz des Flugzeuges auf den Bruch eines wichtigen Beschlages zur Befestigung des linken Tragflügels zurückzuführen ist. Der aus hochwertigem Stahl hergestellte Beschlagnagel besaß nach dem vom Flugzeugwert angestellten und von der D.V.L. geprüften Berechnungen genügende Festigkeit bei Annahme von ruhender Belastung. Das Flugzeug hat mit diesem Beschlagnagel in regelmäßigem Luftverkehr eine Strecke von mehreren zehntausend Kilometern ohne geringste Beanspruchungen durchfliegen. Die Bruchanteile des Beschlages zeigen in regelmäßigen Abständen Schichtungen, die den Beweis dafür liefern, daß dieser Bruch ganz allmählich, vielleicht im Laufe von Monaten sich immer mehr erweitert hat und schließlich zum Abreißen des oberen Teiles des aus vierlagigem Stahlblech bestehenden Beschlages geführt hat, während der Balken, der den Beschlagnagel der Strebe mit der Schelle am Tragdeh verbindet, unverletzt geblieben ist. Immerhin lassen Risse an diesem Stahlblech deutlich erkennen, daß die Stahlbleche, durch die er führte, „gearbeitet“, d. h. sich fortgesetzt infolge der Schwingungsercheinungen bewegt haben. Aus der Tatsache, daß die Anzüge dieses Bruches bereits längere Zeit zurückliegen müssen, lassen sich jedoch keinerlei Vorwürfe gegen das mit der Beaufsichtigung der Maschine betraute Personal erheben.

Im Rahmen der Besichtigung erläuterte der Direktor D. v. Dewig die Stellung der Gesellschaft innerhalb der Luftfahrt.

Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt hat die Aufgabe, die Prüfung des gesamten Luftfahrtmaterials im Auftrage des Reichsverkehrsministeriums vorzunehmen. Neben dieser eigentlichen Aufgabe ist dieser Gesellschaft die Forschung auf sämtlichen mit der Luftfahrt zusammenhängenden Gebieten übertragen. Leider ist die Rechtsgrundlage der Gesellschaft immer noch nicht geklärt. Im Augenblick übt die D.V.L. ihre Tätigkeit auf Grund einer Befristung der Industrie mit dem Reichsverkehrsministerium aus. Ein Gang durch die Versuchsanlagen zeigte, wie vielseitig ein Betrieb eingerichtet sein muß, der fast alle Teile des Flugzeuges durchzuprüfen hat. Jedes neue Flugzeugmuster wird einer Musterprüfung unterzogen. In der Anstalt wird, soweit das durch den oberflächlichen Rundgang festgestellt werden konnte, wirklich praktische Arbeit für den Flugzeugbau geleistet. Doch scheint mir auf dem ganzen Gebiet der Flugtechnik auch diese Anstalt noch sehr in den Kinderschuhen zu stehen. Die letzten Unglücksfälle werden auch den Leitern dieser Anstalt den Beweis gegeben haben, daß die Prüfung der Flugzeuge in den wissenschaftlichen Abteilungen dieser Gesellschaft noch viel öfter und umfangreicher erfolgen muß.

Ferner wurde auch die Verlegung des Flugplatzes nach Britz besprochen. Wenn auch zugegeben werden soll, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Anstalt für Berlin erhalten bleibt, so sei doch gesagt, daß bei genügender Zusammenarbeit der hiesigen Stellen mit den Herren der Versuchsanstalt ein gleich günstiges Terrain wie

Britz gefunden werden wird. Der Verlegung nach Britz stehen gewichtige Gründe entgegen, das sollte auch die Versuchsanstalt erkennen. Das Britzer Gelände ist zu Siedlungszwecken vorgesehen und muß als solches unbedingt erhalten bleiben.

Rätselhafter Leichenfund in einer Laube.

Selbstmord oder Verbrechen?

Der ungeklärte Tod einer Frau rief gestern die Mordkommission der Kriminalpolizei nach der Laubkolonie „Schillerhöhe“ an der Seefstraße, wo in einer dem früheren Postboten Gustav Seewig gehörenden Laube die Ehefrau des Seewig tot aufgefunden wurde.

Gegen 11 Uhr vormittags war der frühere Postbote, der 44 Jahre alte Gustav Seewig, auf dem 46. Polizeirevier erschienen und hatte dort mitgeteilt, daß er in der ihm gehörenden Laube Nr. 465 seinen seine Ehefrau erhängt aufgefunden habe. Die Beamten begaben sich mit dem Mann nach dem Gelände. Frau Seewig, die 40 Jahre zählte, lag in gekrümmter Haltung auf dem Boden dicht an der Tür. Um ihren Hals hatte sie einen starken Strick und neben der Leiche lag ein Messer. Der ganze Befund erschien so zweifelhaft, daß man die Mordkommission alarmierte. Die Kriminalkommissare Johannes Müller und Kaffam mit ihren Beamten sowie der Gerichtsarzt Dr. Weimann erschienen bald am Fundort. Die Besichtigung der Leiche durch den Gerichtsarzt ergab, daß Hautabschürfungen an den Händen und den Knien sich zeigten, die den Anschein haben, als ob die Leiche geschleift worden ist. Beim Eintreffen der Beamten war die Leichenstarre bereits eingetreten. Die Nachforschungen ergaben nun, daß das Seewigsche Ehepaar, das seit 1913 verheiratet ist, keine glückliche Ehe geführt hat. Von den vier Kindern, die dem Bunde entsprossen, sind noch zwei am Leben. Weiter wurde festgestellt, daß Frau Seewig vor zwei Tagen die Hilfe einer „weißen Frau“ in Anspruch genommen hat und leidend große Schmerzen litt. Wie der Ehemann angibt, ging er auf Verlangen der Frau am Donnerstag vormittags gegen 10 Uhr zu einem Arzt, um schmerzstillende Tabletten für die Leidende zu holen. Bei seiner Rückkehr fand er die Laube verschlossen und nahm zunächst an, daß seine Frau ausgegangen sei. Nachdem er eine Weile bei Nachbarn gemartet hatte, schloß er doch auf und fand nun, wie er behauptet, die Frau erhängt und tot auf. Er gibt die Möglichkeit zu, daß er in der ersten Aufregung den Strick durchgeschnitten habe. Die Verhinderung der Leiche verbot er damit, daß er die Lage des Körpers beim Öffnen der Tür geänderte habe. Da nach ärztlichem Gutachten sehr wohl ein Erhängen von fremder Hand in Frage kommen kann, so wurde S. bis zur völligen Klärung in Haft genommen. Er bestreitet jedes Verbrechen. Besonders verdächtig erscheint, daß die Leichenstarre schon während seiner einstündigen Abwesenheit eingetreten sein soll. Die Hautabschürfungen mögen vielleicht von der letzten christlichen Schlägerei herrühren.

Ein raffinierter Zuckerschwindler.

Eine neue Art Schwindel betreibt seit einiger Zeit ein noch unbekannter Mann von etwa 25—27 Jahren. Er sucht Bäckereimeister auf und gibt sich für den Vertreter einer Würzburger Zuckerfabrik aus, die auch in Berlin eine Niederlage unterhält. Dem Meistern bietet er Zucker zu einem Preise an, der verhältnismäßig billig ist. So erhebt er dann leicht Bestellungen, die er sich schriftlich geben läßt. Mit ihnen befaßt er sich zu Geschäftsungen, die Zucker vertreiben. Diese beziehen den Zucker von der Fabrik und liefern ihn zu der noch zu bestimmenden vereinbarten Zeit an die Bäckereien. Dabei sucht sich der angebliche Vertreter stets die Zeit aus, in der der Meister ganz sicher nicht im Betriebe, sondern zu Hause ist. Wenn nun der Antsche mit dem Zucker kommt, so ist der angebliche Vertreter der Fabrik zur Stelle, läßt die Ware abtragen und schickt den Antscher mit der Weisung nach der Wohnung des Meisters, dort den Betrag der Forderung einzuziehen. Sobald er abgehoben ist, wendet sich der „Vertreter“ mit einer gefälligen Rechnung an die im Betrieb Anwesenden und läßt sich den Zucker nach dem früher vereinbarten Preise bezahlen. Unterdessen sucht der Antscher vergeblich nach dem Meister, weil ihm eine falsche Wohnung angegeben wurde. Enttäuscht kommt er zurück und jetzt erfährt man,

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Und rechts hinter den Gebäuden siedet in blendenden Funken das Meer mit seiner dunklen Bläue. Und die Stadt und die bergigen Fernen sind deutlich und nah. Die feurige Luft klingt mit goldenen Saiten . . . surrt. Das sind Bienen, die wie Sterne herumfliegen, und Fliegen, die laut surren, als wenn sie mit Kinderklappern spielen würden. Und ungewollt, von selber breiteten sich in Gjebs Seele Flügel in weitem Schwunge aus. Ja, das ist es — Berge und Meer und das Werk und die Stadt und die Fernen, die weit in den Horizont fliehen . . . ganz Rußland . . . wir . . . All diese Riesen, die Berge, das Werk, die Fernen, sie singen alle in ihrem Innern das Lied von der gewaltigen Arbeit . . . Zittern denn unsere Hände nicht in der Vorahnung der hartnäckig-schweren Riesenarbeit? Bedt denn das Herz nicht unter dem Andrang des Blutes? . . . Ja, das ist das Arbeiterußland, das sind wir, das ist der neue Planet, von dem die ganze Menschheit seit Jahrhunderten träumt. Das ist der Anfang. Das ist der erste Seufzer vor dem ersten Schlag. Das ist. Das wird sein. Das erdröhnt vom Donner.

Dascha stand auf der Treppe, die mit Basen geschmückt war, wartete auf ihn und atmete in tiefen Zügen.

„Was für eine gute Luft hier ist, Gjeb . . . wie das Meer ist sie . . . Njurka wohnt im zweiten Stod.“

Und wieder ging sie ihm einige Stufen voran, bewegte sich so, als ob sie nach Hause ginge, und war hier wie zu Hause.

Von der Veranda aus sah Gjeb unten zwischen den Sträuchern und abgezehrten Bäumen, die vom Frühling dampften, noch andere Kinder. Sie schlüpfen herum wie die Fliegen im Werke, jankten miteinander und weinten. . . In kleinen Häufchen zusammengedrängt saßen sie da und wühlten in der Erde. Gruben rauh und gierig, sich umschauend, wie Diebe. Sie gruben, gruben und rissen dann einander die Beute aus den Händen. Der Stärkere und Geschicktere rannte dann mit seiner Beute zur Seite, nagte gierig, laute und verschluckte sich mit seinem eigenen Speichel. Und dort, beim Jaun wühlten die Kinder im Dünger.

Gjeb presste die Zähne fest aufeinander und schlug mit der Hand auf das Treppengeländer.

„Diese kleinen, armen Hündchen werden hier alle vor

Hunger krepieren, Dascha, erschließen sollte man euch alle für solch eine Arbeit.“

Dascha bligte ihn verwundert mit ihren Augen an, sah herunter und lächelte.

„Ach so, du meinst die Erdarbeiten? . . . Das ist nicht so schrecklich, es ist manchmal noch ärger. Wenn man nicht aufpassen würde, dann stürben sie alle wie die Fliegen. Kinderheime sind wohl da, aber wir haben nichts zum Essen. Und wenn man dem Personal keinen Willen ließe, so würde es den Kleinen die Kehle durchbeißen. Obwohl einige unter ihnen auch sehr brav sind . . . unsere Schule.“

„Und Njurka — ihr geht es auch so — . . . unserer Njurka auch?“

Dascha erwiderte ruhig Gjebs Blick.

„Womit ist denn Njurka besser als die anderen? Es war auch mit Njurka oft genug schwer. Wenn wir Frauen hier nicht wären, so hätten die Läuse und die ansteckenden Krankheiten die Kinder schon längst aufgefressen. Und der Hunger hätte sie ins Grab gebracht.“

„Willst wohl sagen, daß du mit dem Weibergetue und ähnlichen Sachen Njurka gerettet hast?“

„Ja, Genosse Gjeb, eben: durch ähnliche Sachen . . . nichts anderes.“

Als sie den Berg hinauf gegangen waren, hatten sie die Kinder auf der Veranda gesehen; als sie ankamen, waren die Kinder und die Pflegerinnen verschwunden. Wahrscheinlich waren sie fortgelaufen, um zu melden, daß Gäste kommen.

Im Saale ist Sonne und die Luft ist dicht und heiß, und es riecht nach Schlaf. Betten stehen in zwei Reihen, mit rosa und weißen, zerrissenen, geflickten Decken. Und die Kinder in grauen Kittelchen oder einfach in Fetzen. Weiße Gefächter, die Augen in tiefen, blauen Höhlen. Pflegerinnen gehen im Zimmer ein und aus. An den Wänden kleine Bildchen: gemeinsame Arbeit der Kinder.

Die Pflegerinnen gehen vorbei und bleiben ehrerbietig stehen.

„Guten Tag, Genossin Tschumalowa! Die Verwalterin kommt gleich.“

Dascha ist hier nicht so in sich verschlossen wie sonst — hier ist sie ganz Hausfrau.

„Njurka, ich bin hier! . . .“

Ein Mädchen in einem Kittelchen (klein, kleiner als alle anderen) stößt die Kinder und läuft mit Geschrei und Lachen ihnen entgegen. Und die Kinder quietschen und rennen alle barfuß hinter ihr her, und ihre Augen sind wie Häschen.

„Tante Dascha ist gekommen! . . . Tante Dascha ist gekommen! . . .“

„Njurka! Da ist sie, der kleine Teufel, nicht zu erkennen ist sie, fremd, aber doch ist etwas Nahes, Vertrautes in ihr. Wie im Fluge ist sie bei der Mutter, schlägt wie ein Bögelschen um sich und schreit und lacht und tanzt.“

„Mutter, Mutter! . . . Mein Mütterchen!“

Auch Dascha lacht, hebt sie auf ihre Hände, dreht sich mit ihr herum, küßt sie und schreit wie Njurka: „Njurtschka! Mein Mädelchen! . . .“

Wieder die alte Dascha, dieselbe, die sie einst war, als sie ihn mit Njurka erwartete, wenn er von der Schlosserei kam. Dieselbe Järtlichkeit, dieselben Liebeslungen, dieselben Tränen in den Augen und die singende Stimme mit dem nervösen Zittern.

„Das ist dein Vater, Njurtschka. Das ist er . . . erinnerst du dich an den Vater? . . .“

Und Njurka schlug die Augen auf, es schien, als ob sie plötzlich verwelke. Sie sah Gjeb mit scharfer Neugierde an. Er lachte, streckte ihr die Hand entgegen und fühlt, wie etwas feinen Hals zusammenschnürte, wie mit einem Strick.

„Nun küsse mich, Njurtschka . . . wie groß du bist! . . . Ganz wie die Mutter . . . so groß.“

Sie schrak zurück und ihr Blick bohrte sich wieder hartnäckig in die Mutter hinein.

„Das ist Vater, Njurtschka.“

„Nein, das ist nicht Vater, das ist ein Rotarmist.“

„Ach bin dein Vater und bin auch Rotarmist.“

„Nein, dieser Vater ist nicht Vater. Vater sieht wie ein Vater und nicht wie ein Onkel. . .“

Daschas Augen lachten durch Tränen und ein Lachen riß am Strick, der Gjebs Hals zusammenschnürte hatte. „Also gut, fürs erstemal bin ich nicht dein Vater. . . . Aber du bist doch mein Töchterchen. Wollen wir Kameraden sein. Ich bringe dir nächstes Mal Zucker mit, und wenn ich ihn aus dem Berg ausgraben müßte, so werde ich ihn dir doch mitbringen. Womit ist denn dein Mütterchen besser als ich? Du bist hier — sie ist dort.“

„Mutter ist hier . . . am Tage ist sie hier und auch nicht am Tage ist sie hier. . . . Und Vater ist nicht da, ich weiß nicht, wo Vater ist. Vater schlägt sich mit den Bourgeois.“

„Ha, das hast du gut gedreht! . . . laß dich abfließen.“

Die Kinder schrien laut und zappelten, glockten Gjeb an, lachten und warteten hungrig auf Daschas Hände und Daschas Worte. Mädchen, wie Knaben geschoren, streckten im wilden Durcheinander Dascha ihre Hände mit lodigen Weichenbündeln entgegen, und jedes wollte unbedingt als erstes die Blümchen in ihre Hände legen.

(Fortsetzung folgt.)

daß der angebliche Vertreter ein Schwindler ist. Er ist mit dem erbeuteten Gelde inzwischen verschwunden. Es handelt sich um einen schlichten bariloischen Mann, der etwa 1,72—1,75 Meter groß ist und gut gekleidet geht. Bisher trug er stets Rockschuhe mit Wildleder-einsatz. Die Bekleidungsstücke seien vor ihm gewirnt und werden gegeben, sich bei seinem Austausch sofort an die Kriminal-polizei zu wenden.

Die Wasserfabrik.

Ein neuer Betrieb der Städtischen Wasserwerke.

Draußen im höchsten Norden liegt sie, wo ein Gürtel des in der Mark seltenen grünen Laubwaldes die Vororte von der Stadt trennt. Nicht bei Stolpe an der Havel, gegenüber von Hennigsdorf mit seinem bekannten UG-Werk, hat vor vielen Jahren eine Berliner Vorortgemeinde ein Wasserwerk errichtet, das in den Besitz der Städtischen Berliner Wasserwerke aufgegangen ist.

Es war ein winziger Betrieb, gemessen an den großen Wasser-versorgungsstätten, die die richtige Stadtgemeinde braucht, um ihre Bevölkerung mit Trink- und Brauchwasser versehen zu können. Noch vor 14 Tagen war das kleine Unternehmen im Gang. Höchstens 10 000 Kubikmeter täglich konnte es liefern. Heute ist es bereits zum größten Teil niedergedrückt und teils in sehr großem Aus-maß wieder aufgebaut. Fieberhaft arbeiten geschäftige Hände, um das neue Unternehmen bereits am 1. April 1928 in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und so zu verhindern, daß während der heißen Sommermonate ein Wassermangel eintritt, wie es im Jahre 1925 infolge des Zerfallens eines privaten Werks der Fall war.

Die wenigsten, die täglich vom Zapfhahn das frische Raß nehmen, sind sich dessen bewußt, daß die moderne Wasserversorgung mit dem primitiven Schöpfen aus dem Brunnen nicht das geringste mehr zu tun hat. Ein regelrechter Fabrikationsprozeß, dem große wissenschaftliche Arbeiten vorausgehen und der durch die Technik vollendet wird, muß zur Gewinnung der riesigen Wassermengen beitragen, die die Weltstadt täglich für Zwecke der Reinigung braucht, oft auch verschwendet. Gemessen an den Mengen, die täglich bezogen werden — es sind ja 200 Liter pro Kopf der Bevölkerung! — spielt der Trinkwasserverbrauch eine minimale Rolle. Um so größere Ansprüche stellt der Großstädter an die Reinhaltung seines Helms, seiner Straßen, seiner Fabriken, an die Sprengung seiner Rasenflächen und Gärten, an die Säuberung seines Körpers und der Wäsche usw. Trotzdem muß jedes Wasser, das durch den Wasserhahn läuft, hygienisch ein-wandfrei sein. Daher kommt das reichlich vorhandene See- und Flußwasser für die Versorgung überhaupt nicht in Betracht. Aus den Grundwasserströmen, die sich in der Nähe der Flüsse und der Seen 15, 20, auch 50 Meter tief befinden, wird das Wasser herausgepumpt. Um es vom Eisen zu reinigen, muß es über eine große Lüftungsanlage laufen, die das Eisen im Rohwasser zunächst zum Oxidieren bringt, damit eine große Filteranlage dann das Eisenoxyd und die letzten Reste entfernen kann. Erst dann ist das Wasser trinkfähig. Riesige Pumpen müssen es aus den bis zu 3 Kilometer im Umkreis entfernten einzelnen kleinen Brunnenanlagen in den Sammelbrunnen und von da über die Reinigungsanlagen leiten; starke Druckpumpen pressen es nach seiner Säuberung in die Röhren, die es der Stadt und weiter den einzelnen Haushaltungen zuführen. Das im Bau befindliche Werk Stolpe läßt die Einrichtungen zu diesen Maschinen deut-lich erkennen.

Baulich ist das Werk dadurch interessant, daß es mit großer Geschwindigkeit nur den technischen Erfahrungen der modernen Zeit angepaßt, sondern auch architektonisch reizvoll in die Landschaft eingefügt wurde. Wenigstens die erste fertige Lüftungsanlage und der Umriß des großen Maschinenhauses sind ein Beweis dafür. Das Werk wird vom 1. April des kommenden Jahres ab 100 000 Kubikmeter täglich dem Berliner Verbrauch zur Verfügung stellen und damit etwa ein Achtel des Ber-liner Bedarfs decken. Anlage und Durchführung zeugen von dem regen Geist, der in den gemütvollen Berliner Betrieben herrscht und der vorausschauend die Selbsthilfe organisiert, wo sonst leicht privatkapitalistische Initiative verlagert.

Aerzte und Kokainhändler.

Zu Gefängnis verurteilt.

Es war ein hartes Wort, das Landgerichtsdirektor Stein-haus in der Urteilsbegründung sprach: „Das Gericht hat in diesen Kokainprozessen festgestellt, daß es gewissenlose Aerzte und Apotheker gibt, die der Kokainseuche Vorschub leisten. Gegen derartige Schädlinge muß mit aller Schärfe vorge-gangen werden.“ Ein hartes Wort, aber ein gerechtes Wort.

Das bewies die Gerichtsverhandlung in Berlin-Mitte. Auf der Anklagebank saßen der 61jährige Arzt B. und der 45jährige Arzt V. Der erste wurde freigesprochen — mangels Beweises, nicht etwa, weil das Gericht ihn für unschuldig erklärt hätte —, der andere zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen B. schwebt aber schon ein neues Verfahren, und das Raushgiff-desernat ist der Ansicht, daß auch er die Kokainhändler ver-jorgt hat. Jedenfalls erklärten eines Tages Kokainhändler bei der Ver-haftung, daß sie ihr Gift bei diesen beiden Aerzten er-hielten. Man forschte in den Apotheken nach und förderte einen ganzen Haufen von Rezepten zutage, die von diesen beiden Aerzten herrührten. Besonders toll hatte es Dr. B. getrieben. Er hatte sich ausgerechnet, damit seine Patienten es bequem hätten, ihn aufzusuchen, in der Kochstraße ein Zimmer gemietet. Da selbst a chts telefonierte man ihn heraus. Da waren z. B. zwei Jungen erschienen, Braut und Bräutigam. Sie erhielten täglich ein bis einhalb Gramm Kokain. Später wurde die Dosis sogar verdoppelt. So kam so weit, daß die Rezepte dem „Patienten“ einfach durch die Vermittlung der Wohnungswirtin ausgeliefert wurden. Für jedes Rezept wurde 1 M. bis 1,50 M. bezahlt. Die „Patienten“ waren nicht selten drei- bis viermal vorbe-straft Händler. Untersucht wurden sie zum Teil überhaupt nicht!

Geheimer Medizinalrat Dr. Störmer erklärte als Sachver-ständiger, daß Aerzte nur zu medizinischen Zwecken das Recht hätten, Kokain zu verschreiben, nicht aber zum Zwecke des Ge-nusses. So gelangte das Gericht zu der Verurteilung des Dr. B. zu einem Monat Gefängnis, und auch die Ärzteschaft wird sich mit ihren Kollegen, die gegen das Opiumgesetz verstoßen, noch näher beschäftigen müssen.

Eine Spionin.

Wegen verjuchten Landesverrats wurde gestern die Stütze Anna F. vom Straßeng des Kammergerichts zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte in Bonn die Bekanntschaft von Angehörigen des französischen Nach-richtendienstes gemacht und wurde veranlaßt, von ihnen bei der Marine in Kiel stehenden Bruder Material zu beschaffen. Der Bruder ließ sich darauf aber nicht ein. Die Angeklagte erhielt zur Befolgung ihrer Bemühungen eine Anstellung im französischen Offi-zierskasino in Koblenz. Durch einen Zufall kam die Sache doch später heraus. Die Angeklagte war im vollen Umfang geständig und nahm die Strafe an.

Volkshochschule Groß-Berlin. Das neue Arbeitsjahr beginnt am Montag, dem 17. Oktober. Ausführliche Vorträge sind an vielen, durch Plakate kenntlich gemachte Stellen zu haben, ferner beim Büchertor des Instituts für Meerestunde, Gernersstr. 34/35. Auf Wunsch Zusendung nach telefonischem Anruf: Köpenick 773. Der Vortragsplan enthält Angaben über die im Zenitum, Norden, Nordosten, in Treppe und Kuppeln stattfindenden wissenschaftlichen Kurse, die in gemeinverständlicher Weise durchgeführt werden. Hörgelühr für den Kurs 2, 2,50 oder 3 M. Erwerblosige gratis.

Drei schwere Einbrüche aufgeklärt.

Nach fünf Jahren. — Der Alkohol als Verführer.

Unter Einbrüchen hatte längere Zeit wohl kein Geschäft schwerer zu leiden als die frühere Reutelinische Großhandels-gesellschaft in der Kirchhofstraße 45. Die Räume wurden dann dauernd beobachtet, es gelang aber trotzdem nicht, die Spitzbuben zu fassen.

Vorübergehend hörten jedoch die Einbrüche auf. Nach einer Weile wurde abermals einer verübt, und zwar mit großer Beute. Jetzt war vom Keller aus die Decke durchbrochen worden. Man befestigte über dem Loch eine schwere Eisenplatte, aber auch das half nicht. Die Einbrecher suchten sich eine neue Stelle aus und kamen wieder in das Lager hinein. Auch dieser und ein weiterer Einbruch gleicher Art blieben unaufgeklärt. Von der Beute, große Mengen Lebensmittel aller Art wurde nichts wiedergefunden. In der letzten Zeit nun wurde ein 46 Jahre alter Zimmermann Friedrich Ger-ner, der in der Kirchhofstraße 45 wohnt, in einige Untersuchungen verwickelt. Da kam denn durch fortgesetzte Vernehmungen heraus, daß er die letzten drei großen Einbrüche verübt hatte. Gerner war bei früheren Einbrüchen als Hausgenosse neugierig wiederholt dabei gewesen, wenn die Kriminalbeamten den Tatbestand aufnahmen. Dabei hatte er einmal auch eine Flasche Cognat erwischt, die die Verbrecher zurückgelassen hatten. Die „Herzstir-ung“ befam ihm so gut, daß er sich nach mehr sehnte, und so vertief er auf den Gedanken, die früheren Einbrecher „abzulösen“. Mit seiner Frau ließ er sich im Keller einschließen und als gewandter Zimmermann setzte er zur Nachzeit mit gutem Erfolg den Zentrumsbohrer an. Weil dieser dann der Eisenplatte nicht ge-wachsen war, suchte er noch zweimal andere Stellen aus, die keinen Widerstand leisteten. Die große Beute brachte das Ehepaar bequem in seine Wohnung. Was es nicht selbst verbrauchen konnte, ver-kauften es unter der Hand, ohne daß man im Hause etwas merkte. So lebte es längere Zeit ohne Rühr einen guten Tag. Die Entlar-ungen wurden jetzt beide festgenommen. Gerner wegen schweren Ein-bruchdiebstahls, seine Frau wegen Hehlererei.

Ein „netter“ Sohn.

Das Gericht bedauert, daß es statt der Gefängnisstrafe nicht auf eine Prügelstrafe erkennen kann; jede Woche 25 hinten raus wäre die beste Erziehungslehre für solch einen nichtsnutigen Bengel. Mit diesen Worten leitete Landgerichtsdirektor Erdine das Urteil ein, durch das das Erweiterte Schöffengericht Charlottenburg Robert Stodisch, einen jungen Burschen von etwas über 20 Jahren, wegen schwerer Sachbeschädigung und Diebstahls zu acht Monaten Gefängnis verurteilte. Der eigene Vater trat als Ankläger auf. Stodisch hatte aus Wut seinem Vater die ganze Wohnungseinrichtung mit einem Hammer in Stücke geschlagen. Aus dem Kleider- und Wäschekasten, den er erbrach, stahl er den gesamten Inhalt und verkaufte ihn an einen Händler. Auf die Frage, warum er das getan habe, erwiderte der Bursche kaltblütig: „Aus Rache.“ Wie der Vater befandete, befam der Junge von ihm wöchentlich 15 M. und mußte dafür die Wohnung und die Arbeitsstätte in Ordnung halten. Da er alles vernachlässigte, verweigerte ihm der Vater das Taschengeld. Dafür nahm der Bursche in der oben beschriebenen Weise Rache. Das Gericht lehnte es ab, Stodisch aus der Haft zu entlassen. Der Vor-sitzer gab ihm auf den Weg, daß das Gericht ihn im Gefängnis im Auge behalten werde. Erst wenn er aufrichtige Reue über das seinem Vater angetane unerhörte Unrecht zeige, und wenn Aussicht bestehe, daß er ein anständiger Mensch werden wolle, wolle das Gericht eine Begnadigung in Erwägung ziehen. Dem Angeklagten schienen die eindringlichen Ermahnungen des Vorsitzenden wenig zu Gemüte zu gehen, denn in trotzigem Tone erwiderte er, daß er Berufung ein-legen werde.

Ausfall des Riesengebirgs-Sonderzugs.

Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit, daß der für den kommenden Sonnabend-Sonntag vorgesehene Sonderzug 4. Klasse nach Oberweißbach und Krummhübel wegen unge-nügender Beteiligung nicht verkehren wird. Die bereits gelösten Fahrkarten werden von den Ausgabestellen, bei denen sie gelöst wurden, gegen Erstattung des Fahrgeldes zurück-genommen.

Eine Schwindelfirma engros.

In mehrtägiger Verhandlung hatte sich das Erweiterte Schöffengericht Berlin-Mitte mit dem Schwindelgeschäft des Kauf-manns Max Eisner zu beschäftigen, der in kurzer Zeit die deutsche Geschäftswelt um 73 500 Mark beschwindelt hatte. Eisner hatte schon früher ähnliche Geschäfte gemacht und war wegen Betruges zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Bewährungsfrist, die ihm gewährt worden war, diente ihm nicht zur Warnung. Gleich darauf verlegte er sich auf gleichartige Schwin-delereien. Er erwarb eine Papierverarbeitungsfabrik in der Provinz, deren Einrichtung er aber gleich zu Geld machte. Den Namen der angelegenen Firma benutzte er, um Warenbestellungen in großem Umfange zu machen. Mit Hilfe falscher Auskünfte gelang es ihm auch, die Waren geliefert zu bekommen. Sie wurden sofort zur Hälfte des Einkaufspreises verschleudert. Keiner der Lie-feranten hat je einen Pfennig gesehen. Der Gerichtsvollzieher ging bei der „Firma“, die sich zuletzt „Weißenseer Papierverarbeitungswerke“ nannte, ein und aus. In kurzer Zeit fanden nicht

Funkwinkel.

Am Abend hörte man ein Sendeispiel, eine Rache-Bearbeitung von Bert Brecht und Alfred Braun. Bert Brechts Einführung war eine Umbildung Shakespeares, die nicht unumstritten bleiben darf. Shakespear ist — nach Brecht — in seinem Schaffen von Natur unklar; seine Bühnenwerke sind ungeordnet wie das Leben, sind nur Stoff; sein Stil ist ethischer Bühnenstil. Das heißt das Wert Shakespeares auf den Kopf stellen. Von wenig Ausnahmen abgesehen gibt Shakespear den dramatischsten Stil, das heißt die prägnantesten Dialoge, die überhaupt von Bühnendichtern ge-schrieben wurden. Seine Werke sind, trotz ablenkender und ver-breiteter Nebenszenen, klar und zielbewußt aufgebaut, und die Teil-namhaftigkeit seinen eigenen Bühnengestalten gegenüber, von der Bert Brecht sprach, dürfte ebenfalls nur selten festzustellen sein. Die Bearbeitung von Rache hatte Brecht unter dem von ihm auf-gestellten Gesichtspunkt vorgenommen. Statt einer sehr gut möglichen Zusammenfassung gab er lauter abgerissene kurze Szenen. Edward Weisels zum Teil blendend charakterisierende musikalische Illustration konnte dabei ihre beste Aufgabe, Verbindungen zu schaffen, wenig erfüllen. Die Aufführung, die ganz unvorständliche Primitivität als Rahmen wählte — „dann werdet Ihr die Fortsetzung des Spiels hören“ —, läßt ihren Stil auf den verdichteten Wegen. Zu der modernen Musik Weisels, der das Werk Shakespeares durchaus nicht fremd gewesen wäre, gab es an diesem Abend im Grunde wenig Verwandtes. Ein komischer Naturalismus verführte Rache und Ledg Rache mehrfach zu laut schmerzenden Rufen. Auch sonst experimentierten die künstlerisch zum Teil recht hochstehenden Sprecher ziemlich verlegen. Theodor Loos als König Duncan blieb erstaunlich einheitslos. An sich wäre das Werk mit seiner stark akustischen Gestaltungsmöglichkeit gewiß ein glücklicher Stoff für die Sendebühne gewesen. Aber man hätte mehr auf seine lebendige Darstellung vor dem Mikrophon als auf Originalität bedacht sein sollen. — Professor Dr. W. Liepmanns Horra über „Bekanntschau-ung und Gesundheit“ schilderte diesmal „Seelische Leiden in ihrer Wirkung auf den Körper“, besonders bei der Frau. Prof. Liepmann wies Wege, vieler Leiden Herr zu werden; er betonte aber auch die Tatsache, daß erst das Leid dem Leben Gestalt gibt und es frucht-bar macht.

weniger als 55 Pfändungen statt. Besang es einmal, einen solchen eingetrossenen Warenposten zu beschlagnahmen, so wurde mit solchen eldesstattlichen Versicherungen, daß die Waren bereits im Besitze eines anderen seien, Einspruch erhoben. Das Schöffengericht verurteilte den gemeingefährlichen Schwindler zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis.

Die Verwaltungskosten der Krankenkassen.

Widerlegung eines Märchens.

Welcher Unsinn über die Krankenkassen verbreitet und von Unkundigen geglaubt wird, davon sei hier ein lehrreicher Fall mit-geleitet. Auf der Tagung der Gesellschaft deutscher Metallhütten und Bergleute (im September 1927) äußerte das geschäftsführende Vorstandsmitglied Geheimrat Raftl vom Reichsverband der deutschen Industrie, daß in der Krankenversiche-rung nur 55 Proz. der Ausgaben auf Krankengelder entfielen. Das übrige, meinte er, gehe für die Verwaltung drauf. Wie der Hauptverband deutscher Krankenkassen feststellt, ist Herr Raftl hier einem Irrtum zum Opfer gefallen. Die angegebenen Zahlen treffen zwar, erklärt der Hauptverband, auf die private Kranken-versicherung zu, nicht aber auf die gesetzlichen Krankenkassen. Nach den Ergebnissen der amtlichen Reichsstatistik für 1926 wurden von den reichs-gesetzlichen Krankenkassen verwendet für Soz-ialleistungen 47,72 Proz. der Ausgaben, für Beihilfen 40,7 Proz., für Verwaltungskosten nur 6,5 Proz., für die gesetzlich vorgeschrie-benen und besonders in Epidemiezeiten die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen sichernde Rücklage 5,1 Proz. Für Verwaltungs-kosten 6,5 Proz., das ist knapp ein Sechstel der Ge-samtausgabe. Aus 1926 liegt eine amtliche Statistik noch nicht vor, ihr Ergebnis dürfte sich aber von dem für 1925 nicht erheblich unterscheiden. Solche Feststellungen werden allerdings auf die ein-geschworenen Gegner der gesetzlichen Krankenkassen wenig Eindruck machen. Sie erzählen von der „Krankenkassenburokratie“ und der angeblichen „Kostspieligkeit“ — und die Unwissenden glauben es ihnen.

Gastod von Mutter und Kind.

Am Freitag um 20 Uhr wurde die von ihrem Mann ge-trennt lebende 36 Jahre alte Frau Angela Giusta und ihre neun-jährige Tochterchen Erna in ihrer Wohnung, Wilmersdorfer Straße 26, von ihrer Untermieterin tot aufgefunden. Beide lagen entkleidet in ihren Betten. Wie Räume waren mit Gas angefüllt. Rohrungsorgane haben die Frau in den Tod getrieben.

Der Tote auf den Schienen.

Am Donnerstag abend wurde, wie wir ausführlich mitteilten, auf der Stettiner Straße zwischen den Stationen Bernau und Zepernick eine schwer verstümmelte männliche Leiche auf den Schienen aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um den Kapitän Wodrich handelte, der in der Wai-straße 15 zu Charlottenburg wohnt. W. hatte den Schnitzweg Zug in Potsdamer bestiegen und brachte, wie durch den Eisenbahn-überwachungsdiens festgestellt worden ist, vom Beginn der Fahrt an ein sonderbares Wesen zur Schau. W. entfernte sich aus dem Abteil, vermutlich um den Abort aufzusuchen. Hierbei verfehlte er die richtige Tür und stürzte aus dem fahrenden Zug. Ein Verbrechen ist demnach, wie es zuerst den Ansehen hatte, ausgeschlossen.

Achtung, Genoffinnen!

Der Bezirksfrauentag am Sonntag, dem 16. Oktober, muß pünkt-lich um 110 Uhr beginnen. Tagungsort: Leipziger Straße 3.

Wintergarten. Das amerikanische Variété ist auf die drei großen Themen: Akrobatik, Exzentrik-humor und Tanz eingestellt, und ein solches Programm bietet diesmal auch der Wintergarten. Die Direktion hatte den guten Einfall, uns gerade von den Wäulen amerikanischen Exzentrik-humors mehrere darzubieten. Das komischste und drolligste ist wohl die Ringkampfszene Vegas mit einer Puppe. Die technisch ganz unübertrefflich arbeitenden Ein-trachtfahrer Nicol und Martin lassen ihre halsbrecherischen Kunststücke wie einen lachenerregenden Akt erscheinen. Leon und Kullis Burleske auf Kollschubben und die beiden Shorps als chinesische urtümliche Exzentriks sind gute Klasse. Das Zebra der Brüder Baring arbeitet allerdings nach berühmtem Muster, hat aber eine Menge neuer lustiger Nuancen. In Erno's Bigits New Yorker Columbia Orchester aber jazz, schritt und lärm in gewagtesten Synkopen unsere zappelige nervöse Zeit. Und es paßt durchaus zu dem Dualismus dieser Zeit, wenn sich der Maestro plötzlich hinsetzt und nach dem grotesken Wärm ein Geigen-solo hinstreicht, daß einem die Augen feucht werden. Wühlerger Bekhal zeigt, wie sehr diese Künstler — denn das sind sie durchaus — die Menschen unserer Zeit poeken. — Und dann sind Edmonde Guy und Ernst van Düren wieder da. Auch diese beiden unanachronistischen Länger zeigen, wie sehr wir eigentlich zwischen den Zeiten leben. In dem Tanz „Märchen“ steigt alle Kindersehnsucht lodend empor, aber im Tango in Rot leben wir eine Leidenschaft sich auspielen und ihrem Ziel zürnen, die unsere Nerven schwingen läßt. Gerade in diesem Tango zeigen die beiden Länger denn auch, daß sie nicht nur Tänzer und Artisten sind, sondern leidenschaftliche Menschen, und das macht den Tanz zu einem seltenen Erlebnis. Weil aber Edmonde Guy und van Düren immer noch einzig sind, möchte man ihre Gruppe und offen gefandene auch Djemil Anik gern entbehren. — Der ausgezeichnete Zauberer Bre-zin, die prächtigen Handstandkünstler der Dakotas und die hübschen Reisespieler der Clifford dürfen nicht unerwähnt bleiben.

Die Ausstellung „Mode der Dame“ neigt sich ihrem Ende zu. Am Donnerstag wurde sie von dem zu einer Tagung in Berlin verammelten Reichsverband der deutschen Modenindustrie besichtigt und es war ein besonderes Vergnügen, mit Fachleuten und Sach-kundigen noch einmal die Schöpfungen der deutschen Samt-, Seiden- und Kunstseidenindustrie zu besichtigen, da ja im Grunde genommen die Schöpfungen von Hunderttausenden von fleißigen und geschickten Webern und Weberinnen sind. Man hat den Wunsch, es bei allen derartigen Ausstellungen mehr als bisher betont zu hören, daß der Schrei der deutschen Industrie nach deutscher Qualitätsarbeit nur mit Qualitätsarbeitern erfüllt werden kann, die man wieder nur haben kann bei befriedigenden Löhnen und Arbeitszeiten und gerechten und vernünftigen sozialen Verhältnissen. — Im Anschluß an die Führung sah man noch einmal die Moderevue Berlin in Robe, in der der unverwundliche Siegfried Arno wieder den Vogel abschob, aufs beste unterstützt von Rosy Welckly, Iris Astor, Marion Brenten und Choriis Brod. De Reoue ff, wie man weiß, von Alfred Müller-Förster hübsch gemacht und von Dr. Fiedel kost inszeniert. Man wünscht zum mindesten einige der neuesten Bilder wie das Schaufensterbild und den hübschen Berliner auf andere Bühnen hinüberzureiten.

Oberbürgermeister Böß und Stadtverordnetenvorsitzender Hoff emp-fingen an der Spitze der hiesigen Körperkassen am gestrigen Freitagabend im Foyer des Berliner Rathauses den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes anlässlich seiner Berliner Tagung. Oberbürgermeister Böß hielt eine Ansprache. Anwesend waren Vor-stand und die Vertreter des ADVA und des AFA-Bundes.

Die juristische Sprechstunde findet vom Montag, dem 17. d. M. bis einschließlich Freitag, dem 21. d. M. täglich nur von 4 bis 6 Uhr statt.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt
Tos.

Berliner Gewerkschaftsschule. Betriebsräte-Informationenabende.

Seit längerer Zeit hat sich gezeigt, daß viele Betriebsräte, die oftmals nicht nur diese eine Funktion ausüben, sondern auch noch mit einer Reihe von gewerkschaftlichen Aufgaben belastet sind, nicht immer Zeit und Energie genug aufbringen können, um sich einer langandauernden, systematischen, kursmäßigen Ausbildung zu unterziehen. Weiter ist ein Teil der Betriebsräte in den in Frage kommenden Spezialfragen hinreichend genug ausgebildet, daß für sie ein solches jahrelanges Studium nicht mehr von unbedingter Notwendigkeit zu sein scheint. Aus diesem Grunde hat die Berliner Gewerkschaftsschule sich schon im vorigen Jahre entschlossen, in regelmäßigen wöchentlichen Turnus

Arbeitsrechtliche Auspracheabende für Betriebsräte

einzurichten. Diese Abende haben sich im vergangenen Jahre vorzüglich bewährt. Von vielen Kollegen wurden sie als beste und gründlichste Informationsmöglichkeit bezeichnet, die den Betriebsräten neben der arbeitsrechtlichen Literatur zur Verfügung steht. Mit Beginn des Wintersemesters sollen diese Auspracheabende wieder fortgesetzt werden. Der erste Abend ist am

Dienstag, dem 18. Oktober, 19 Uhr.

im Saal 11 des Gewerkschaftshauses (Arbeitslosenkaal der Bauarbeiter), Engelauer 24/25, pt. Teilnahmeberechtigt sind alle freigeberischen Betriebsratsmitglieder, d. h. Betriebsräte, Arbeiterräte, Angestelltenräte und Betriebssohleute. Aus der Bezeichnung der Abende geht hervor, daß die Information nicht in einseitigen instruktiven Vorträgen durch einen Redner vor sich geht, sondern daß bestimmte arbeitsrechtliche Probleme von Wichtigkeit durch die Teilnehmer selbst aufgeworfen und unter sachkundiger Leitung zur Besprechung gestellt werden. Die Leitung dieser Abende werden für das Wintersemester die Kollegen Clemens Köppler und Dr. Bruno Bräcker vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übernehmen. Es wäre zu wünschen, daß sich ein möglichst großer Kreis von Betriebsratsmitgliedern an diesen Informationsabenden beteiligt.

Wir weisen außerdem noch einmal nachdrücklich auf das Unterrichtsverzeichnis der Berliner Gewerkschaftsschule hin, das bei sämtlichen Ortsverwaltungen und im Bureau der Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, in Empfang genommen werden kann.

Für die Angestellten der Reichsanstalt.

Neuregelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen.

Die Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten, Sektion Arbeitsämter, wurden in einer Versammlung am 11. Oktober über die am 5. und 6. Oktober mit der Reichsanstalt geführten Verhandlungen durch einen ausführlichen Bericht des Genossen Max Koch vom Reichsausschuß der Arbeitsnachweisangestellten unterrichtet. Die Reichsanstalt hat den in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen den Entwurf der neuen Arbeitsbedingungen übermittelt, dabei aber die Frage offen gelassen, ob ein Tarifvertrag oder eine Dienstordnung abgeschlossen werden soll.

Unter Führung des Zentralverbandes der Angestellten forderten die Organisationen, daß ein Tarifvertrag abzuschließen sei, in dem auch die bisherigen Rechte der Angestellten garantiert würden. Der Zentralverband der Angestellten hat am 4. Oktober in einer Reichskonferenz des Reichsausschusses der Arbeitsnachweisangestellten die Abänderungsanträge zu dem Entwurf aufgestellt. Vor allen Dingen wurde gefordert, daß die Mitwirkung der Angestelltenvertretung bei Eingruppierungen und Vergütungen tarifvertraglich festgelegt wird.

In dem Entwurf der Reichsanstalt war eine solche Mitwirkung nicht vorgesehen. Gefordert wurde weiter, daß Angestellte mit einer ununterbrochenen Dienstzeit von zehn Jahren nur bei Vorhandensein eines wichtigen in ihrer Person liegenden Grundes gekündigt werden dürfen. Die zahlreichen Kann-Bestimmungen des Entwurfs

müssen umgewandelt werden in zwingende Bestimmungen. Zu lebhaften Auseinandersetzungen gab der Gruppenplan des Entwurfs Veranlassung. Der Begriff „Fachkräfte“ muß genau festgelegt werden. Die Angleichung der Gruppen an die Reichsbesoldungsordnung wurde gefordert. Die Verhandlungen mit der Reichsanstalt werden in einigen Wochen fortgesetzt werden.

In der Funktionärerversammlung kam noch einmal zum Ausdruck, daß die berufliche Interessenvertretung des Personals der neuen Reichsanstalt der Zentralverband der Angestellten ist und nicht etwa Beamtenorganisationen, die noch vor einigen Monaten die Angestellten aus den Arbeitsämtern entfernen wollten, um an deren Stelle Beamte zu beschäftigen; denn nichts anderes hätte die Aufhebung des § 13 des Arbeitsnachweisgesetzes vom Juli 1922 bedeutet.

Ueber das Personalrecht der Angestellten der Reichsanstalt spricht Otto Hausherr vom Verbandsvorstand des Zentralverbandes der Angestellten am Mittwoch, dem 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18. Das gesamte Personal der Berliner Arbeitsämter einschließlich der Erwerbslosen-Fürsorgestellen muß an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Der kaufmännische Beruf.

Der kaufmännische Beruf hat durch den Eintritt vieler junger Menschen in das Berufsleben einen nicht unbedeutlichen Zustrom erhalten. Junge Menschen, Mädchen wie Jungen, erwarten von ihrer Tätigkeit als kaufmännische Lehrlinge und jugendliche Angestellte die Erfüllung allerlei Wünsche und Hoffnungen. Am besonderen erfüllt auch die Eltern der Jugendlichen die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder. Sie alle erblicken bei den heutigen schwierigen Verhältnissen im kaufmännischen Beruf das für ihre Kinder Gegebene. Dabei verkennen sie meist die Bedeutung der gerade in diesem Berufe bestehenden Mißstände. Ungeheuer groß ist die Zahl der stellunglosen Handlungsgehilfen und Bureauangestellten, und groß ist die Gefahr, daß die neu in das Berufsleben Eintretenden ungenügend ausgebildet und so in ihrem späteren Fortkommen auf das schlimmste gefährdet werden.

Es ist deshalb eine dringende Pflicht sowohl für die Eltern als auch für die kaufmännischen Lehrlinge und jugendlichen Angestellten selbst, sich über die Verhältnisse im Angestelltenberuf zu unterrichten und alles zu tun, um eine zweckdienliche Ausbildung zu ermöglichen. Dabei ist in erster Linie der Anschluß der Lehrlinge an eine große und starke Gewerkschaft nötig. Mehr denn je machen heute viele Unternehmer der Jugend die durch das Eintreten der Gewerkschaften erzielten Verbesserungen in den Lehr- und Arbeitsverhältnissen der Jugendlichen freitig. Hier ist noch zu berücksichtigen, daß in vieler Hinsicht der Schutz der Jugend vor Ausbeutung noch ganz ungenügend ist. Der jährliche Urlaub, der in bescheidenem Maße gewährt wird, reicht bei weitem nicht aus, um dem jungen Menschen tatsächlich die Möglichkeit zu genügender Erholung zu geben. Überzeitarbeit und eine Beschäftigung, die keinesfalls zum Berufe gehört, tun das ihrige, um die Gesundheit und die Arbeitsfreude der Lehrlinge zu beeinträchtigen.

Hier hilft die Gewerkschaft, der Zentralverband der Angestellten, und wer nicht lediglich billige und ausgenutzte Arbeitskraft sein will, sondern Wert auf eine gründliche, sachgemäße Erlernung des Berufes bei gesunden Arbeitsbedingungen legt, schließt sich ihm unzerzückt an. Erst durch die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft schützt sich der Jugendliche. Doch nicht allein in bezug auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ist die Gewerkschaft den Jugendlichen unentbehrlich.

Der Zentralverband der Angestellten hat auch die Einrichtungen geschaffen, die nötig sind, um den kaufmännischen Lehrlingen und jugendlichen Angestellten das erforderliche berufliche und allgemeine Wissen zu vermitteln. Die Jugendgruppen des ZVA führen die Lehrlinge zu Vorträgen, Ausprachen über gewerkschaftliche und allgemein interessierende Fragen zusammen, bieten Gelegenheit zu geselliger Unterhaltung und sorgen durch die Veranstaltung beruflicher Kurse und Vortragsabende für eine wesent-

liche Bereicherung des beruflichen Könnens. Dem gleichen Zwecke dienen die eigens für die Jugend herausgegebenen „Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten“, die den jugendlichen Mitgliedern monatlich kostenlos geliefert werden.

Nähere Auskunft über alle Berufsfragen und im besonderen Ratshilfe für den Abschluß von Lehrverträgen erteilt der Zentralverband der Angestellten. (Hauptgeschäftsstelle Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41.)

Die Bergarbeiterinternationale wird am 20. d. M. in Warschau zu einer Sitzung zusammenkommen. Auf der Tagesordnung stehen internationale Regelungen des Kohlenbergbaues, Fragen der Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung und Aufnahme des Schwedischen Bergarbeiterverbandes.

Gewinnauszug

1. Klasse 30. Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotsen gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

I. Ziehungsstag 14. Oktober 1927

Da der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 60 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M.	369000	
2 Gewinne zu 50000 M.	63762	
2 Gewinne zu 3000 M.	308990	
2 Gewinne zu 2000 M.	39268	
2 Gewinne zu 1000 M.	287979	
34 Gewinne zu 500 M.	33333 153244 286487 307720	
139310 140155 166106 167960 203348 222801 231709 305199 334014 336062 352559		
88 Gewinne zu 200 M.	538 12268 16084 17132 17372 20203 20288 30525 49203 62507 100307 104604 106913 109243 113258 151283 158047 158354 167566 179119 181043 181929 188587 188921 192079 192337 198320 210060 218837 229282 230790 245019 245242 264927 267253 289674 308204 311804 315913 317138 336700 358558 370310 372881	
262 Gewinne zu 120 M.	1625 4055 11226 11962 15658 16496 23865 32279 33089 35390 36380 37521 39945 40240 41750 42234 47637 61932 62616 67331 69679 62993 63766 71962 72122 73619 78206 84864 91678 93385 97350 90495 93635 100010 101447 103322 108256 109294 118014 116244 118331 119232 121171 122049 122834 124159 124565 131133 134148 136921 137322 138714 139926 141681 143979 144664 145585 146300 153473 161728 163068 163325 166655 174721 175725 178792 183177 183179 184841 185872 187691 189902 189715 190268 191512 195662 196440 196886 197800 198497 203715 205960 207147 209012 209577 213274 214689 215465 218270 223250 226883 231142 232552 233725 244760 245215 245756 246922 258998 258154 260149 260183 260411 265218 270847 272218 272398 273178 278094 279111 279458 281387 290532 297218 298654 301228 304597 310949 311139 316396 319814 324268 325475 331247 337469 349859 351678 352110 360697 368204 370497	

Da der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 60 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M.	19417	
2 Gewinne zu 3000 M.	104895	
2 Gewinne zu 2000 M.	278740	
4 Gewinne zu 1000 M.	41215 81756	
8 Gewinne zu 800 M.	101724 242433 270396 334696	
18 Gewinne zu 500 M.	41763 61389 68225 94688 135581 178321 217824 218966 351221	
108 Gewinne zu 300 M.	3545 7982 10276 26329 34858 45700 50865 62169 62745 64228 67198 80946 91270 93361 94932 97853 101950 102768 112296 112792 137261 137968 138125 143390 146429 150829 171130 171264 176638 188134 192096 205048 210548 218105 220327 221092 230402 238957 242022 252826 255520 266772 272600 283943 286378 285477 296104 301104 310351 319689 325402 333030 342730 346103	
272 Gewinne zu 120 M.	1851 8954 9469 11495 12124 16380 16508 16739 19711 22535 22634 28457 37161 40613 40934 51657 51740 53114 55009 63824 64762 65089 70069 70942 73671 77281 77652 79346 83968 86622 89321 92194 94786 96789 103364 104645 109386 120065 122755 123503 124147 124291 127948 133307 134038 134272 134967 140602 145244 148555 148775 151428 156899 162229 166804 166915 169026 176512 177329 179956 184390 188427 189408 189807 195716 199661 200186 200778 202780 205506 209337 208442 212128 215657 223201 227798 228929 229313 229543 230384 230412 232290 232728 237489 237489 237892 237920 240997 241670 242687 246513 251615 253329 258637 260314 265147 268979 267337 268951 269653 275107 278747 279638 283256 286245 286565 288976 296454 302144 306885 311716 317366 318995 322108 324336 325181 325929 328484 328986 332234 333139 334275 338001 338845 343626 344680 346067 350761 352274 364084 357753 358614 362628 366116 371296 372747	

Für diesen Berg Wäsche — ein Paket Suma!

40 Pfund Trockenwäsche können Sie mit einem einzigen Paket Suma waschen. Sie brauchen also nur zwei Pakete Suma, wo Sie sonst drei Pakete anderer Waschmittel verwendet haben. So hilft Suma Ihnen sparen. Dazu kommt die Schonung Ihrer Wäsche, denn Suma enthält nichts Schädliches: keine Soda, kein Wasserglas oder gar bleichende Chemikalien.

Nehmen Sie Suma für Ihren nächsten Waschtage. Es gibt Ihnen ohne Reiben und Bürsten eine blütenweiße Wäsche. — Sunlicht Mannheim.

Paket 50 Pfg.



SUMA

wäscht weisser
und schonender



Das Fleisch der kleinen Leute.

Zur Neuregelung der Gefrierfleischversorgung.

Unser Spezialmitarbeiter macht im folgenden einige Vorschläge, die uns beachtlich erscheinen.

Nach allerdand Theaterdonner in der Agrarierpresse wurde im letzten Sommer die Selbstverständlichkeit der Beibehaltung der zollfreien Gefrierfleischimporte in erfreulich geräuschloser Weise beschlossen. Sie wurde weiterhin im Sinne des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 als kontingentierte Einfuhr von 120 000 Tonnen jährlich bis 31. Dezember 1929 befristet.

Verteilung und Handel.

Die bisherigen Durchführungsbestimmungen hatten nicht befriedigt. Das war freilich zu erwarten. Denn das zugelassene Kontingent war verhältnismäßig klein. Seine Verteilung mußte also von den Behörden vorgenommen, die Preisbildung mußte überwacht werden, und es konnte nur ein beschränkter Teil des Handels und des Fleischerhandels beteiligt werden. Nach den Erfahrungen des ersten Jahres übertrug man ab 1. August 1926 die Großverteilung, an der zuvor auch noch die großen überseeischen Packerfirmen beteiligt waren, in der Hauptsache dem Großhandel. Während jene nicht nur die in Deutschland begehrte beste argentinische, sondern auch leichtere und weniger bei uns gewünschte Ware herstellten, die sie natürlich ebenfalls absetzen mußten, fiel der Zwang zur Abnahme der letzteren mit der Neuregelung fort, was einer durchschnittlichen Qualitätsverbesserung gleichkam. Im übrigen hatte der Großhandel seit dem Kriege reiche Erfahrungen in bezug auf Behandlung, den Transport und die Verteilung gesammelt. Die nunmehr durch die scharfe Kontingentierung gebotene sorgfältige Verteilung nach den Orten des wachsenden und jeweils dringenden Bedarfes ist nur dem Großhändler in seinem oft viele hundert Kilometer reichenden Versorgungsgebiet möglich, im Gegensatz zu dem Großschlächter mit seinem rationell sehr begrenzten Versorgungsgebiet. Ein solcher über das ganze Reich jederzeit schnell mögliche Ausgleich innerhalb des kleinen Kontingents war oder eine dringende Notwendigkeit, um Versorgungsschwierigkeiten zu vermeiden.

Beseitigung von Mißständen.

Gegen diese Verteilungsart wurde vorgzugsweise vom Fleischerhandwerk Sturm gelaufen, das dem Großhandel übermäßigen Verdienst und Handel mit Kontingentscheinen vorwarf und behauptete, es besser machen zu können, wenn ihm selbst die Einfuhr und Verteilung übertragen würde. Die geräuschvollen Klagen wurden vom parlamentarischen Enqueteausschuß in langen Verhandlungen geprüft. Es ergaben sich tatsächlich Mißstände, die eine Ergänzung der früheren Ausführungsordnung erforderten. In dieser neuen Verordnung vom 26. September 1927 ist bestimmt, daß der Inhaber eines Einfuhrberechtigungscheines Gefrierfleisch, für das er auf Grund des Scheines die Zollvergünstigung in Anspruch nehmen will, nur unmittelbar an die von den Gemeinden bestimmten und von diesen überwachten Verkaufsstellen abgeben darf und auch an diese nicht zusammen mit verzolltem Gefrierfleisch. Damit sind wichtige Mißstände beseitigt. Es wird dadurch verhindert, daß das Fleisch erst durch mehrere Hände geht, also verteuert wird, bevor es an den Kleinhändler kommt. Ferner wird durch das Verbot der Vermischung zollfreies und verzolltes Gefrierfleisch — die natürlich mit einem Preiszuschlag verbunden ist — dem Willen des Gesetzgebers (§ 5 des Reichsgesetzes vom 17. August 1925) entsprochen, wonach das Gefrierfleisch zu einem möglichst billigen Preise den Konsumenten zugeführt werden soll. Darüber hinaus ist

eine scharfe Überwachung der Preisbildung

beim Großhandel sowie auch beim Kleinhandel in Aussicht genommen. Das ist durchaus zu begrüßen. Beim Großhandel ist sie einfach, denn hier handelt es sich um Kreise, die eine geordnete Buchführung haben und die Ware unverändert weitergeben. Anders beim Kleinhandel. Hier handelt es sich nicht nur um eine Überwachung der Kleinvertauschpreise, was beiläufig auch nicht so ganz einfach ist, sondern vor allem

darum, daß kein Mißbrauch mit dem zollfreien Gefrierfleisch getrieben wird. (Siehe § 5 des Gesetzes vom 17. August 1925.) Anders ausgedrückt, daß nicht Gefrierfleisch in irgendeiner Form zu Fleischpreisen an den Konsumenten kommt. Es gilt also zu verhindern, daß nicht nur etwa unverkauft gebliebene kleine Stücke, sondern große Mengen Gefrierfleisch mit anderem Fleisch zusammen verwürstet und ohne Deklaration zu Normalwurstpreisen verkauft werden, daß die besten Fleischstücke (Filet, Roastbeef usw.) in die Restaurants wandern und daß gar Gefrierfleisch unmittelbar als Fleischfleisch an den Mann gebracht wird.

Verhärfung der Kontrolle. — Zugleich bessere Qualität.

An alle diese Dinge ist in den bisherigen preussischen Ausführungsverordnungen schon gedacht. An der praktischen Durchführung der scharfen Überwachung hat es aber weitgehend gefehlt. Leicht ist sie gewiß nicht. Sie könnte mit Aussicht auf Erfolg aber ermöglicht werden unter folgenden Voraussetzungen.

1. Die Zahl der zum Kleinhandel mit Gefrierfleisch zugelassenen Fleischer ist in den meisten Städten viel zu groß. Nur Geschäfte mit einem regelmäßigen Umsatz an Gefrierfleisch sollten zugelassen werden. Fleischer, die nur hier und da einmal geringe Mengen beziehen, kommen leicht in die Versuchung, bei schlechtem Absatz Mißbrauch damit in den angebotenen Richtungen zu treiben. Also Festsetzung eines Mindestumsatzes nach den örtlichen Verhältnissen. Danach Zulassung oder eventuelle Entziehung der bisherigen Zulassung.

2. Da, wo sich Geschäfte bereit erklären, neben Gefrierfleisch kein frisches Rindfleisch, sondern nur anderes Fleisch zu führen, wären diese in erster Linie zuzulassen.

Solche Geschäfte sind natürlich nur bei großem Umsatz, also in den Arbeiterzentren der Groß- und Industriestädte existenzfähig. Die Erfahrungen, die man damit beispielsweise in München, Hamburg usw. gemacht hat, sind die allerbesten. Man frage einmal die Arbeiterfrauen in solchen Bezirken und sehe sich die Einrichtungen und den außerordentlichen Betrieb in solchen Geschäften an. Dort bekommt der Käufer bei niedrigstem Preise beste, gut ausgelautete, haltbare Ware und nur dort sind regelmäßig auch die besten Fleischstücke (Filet usw.) zu haben, nach denen man anderswo meist vergeblich fragt, und dort ist mißbräuchliche Verwendung von Gefrierfleisch schon durch die Kontrolle der übrigen Fleischer ausgeschlossen.

Die mit diesen Maßnahmen selbsttätig verbundene Beschränkung der Verkaufsstätte auf die eigentlichen Verbrauchsbezirke der Großstädte und Industriegemeinden entspricht dem tatsächlichen Bedürfnis und somit dem Sinne des Gesetzgebers. Das knappe Kontingent, das doch gewissermaßen als Notbedarf gedacht ist, müßte selbständig bewirtschaftet werden, sonst reicht es nicht.

Allgemeines Anbieten des Gefrierfleisches

fördert aber die Nachfrage auch da, wo kein eigentliches Bedürfnis besteht. Künstliche Steigerung des Bedarfs liegt aber auch weder im Interesse der Landwirtschaft und noch der bedürftigen Volksschichten, da sie schließlich geeignet ist, die Zulassung des billigen Gefrierfleisches selbst im Rahmen des Notbedarfs für spätere Zeiten zu gefährden.

Daß die unter solchen Bedingungen zugelassenen Geschäftsinhaber die Gewähr für Zuverlässigkeit bieten müssen und über die nötigen Kühleinrichtungen zum sorgfältigen Aufstauen und Aufbewahren des Gefrierfleisches verfügen müssen, damit es als vollwertige Ware an den Konsumenten kommt, ist selbstverständlich.

Wenn in dieser Weise vorgegangen würde, dann werden die Gemeindebehörden in der Lage sein, nicht nur das Geschäftsgedöhr und die Preisentwicklung im Gefrierfleischgroßhandel zu kontrollieren, sondern auch die unendlich viel schwierigere Überwachung der Kleinverkaufsstellen verhältnismäßig leicht und erfolgreich durchzuführen, also die ordnungsmäßige Preisentwicklung zu verfolgen und mißbräuchlicher Verwendung von Gefrierfleisch vorzubeugen.

Neuern gegenüberstellt, ist ein plumper Versuch, übermäßige Steuerlasten vorzutäuschen. Als ob die Verbraucher nicht wüßten, daß sie es sind, die den Brauherren die Biersteuer auf Heller und Pfennig, die letzte Steuererhöhung sogar mit 100 Proz. Aufschlag zahlen müssen.

Die Reichsbrau A.-G. Kumbach hat es bei 20 Proz. Dividende nicht nötig, für das abgelaufene Jahr einen wirklichen Bericht zu geben. Das, was der Vorstand in elf Zeilen zu sagen für gut befindet, ist gänzlich belanglos. Der gleichfalls zurückgegangene Umsatz hat die Gewinne der Gesellschaft weiter nicht betroffen, die Betriebsergebnisse sind mit 20 Mill. M. unverändert und der Reingewinn von 0,61 Mill. M. durch Senkung der Steuern und Abgaben sogar noch etwas gestiegen. Durch weitere Zumeilung aus dem Reingewinn sind die Reserven auf über 800 000 M. angewachsen und betragen jetzt ein Drittel des Aktienkapitals. Außerdem sind Vorgelei und langfristige Forderungen mit 2,5 Mill. M. in vierfacher Höhe der Schulden vorhanden.

Diese ersten Bilanzergebnisse zeigen bereits, daß die Gewinne der Brauereien nicht hinter dem Vorjahre zurückblieben. Was ihnen durch verringerten Umsatz entgangen ist, den sie selbst verschuldeten, haben sie durch erhöhte Preise wiedergeholt.

Syndikate kaufen Außenseiterwerke.

Es wird bekannt, daß die bisher im Besitz von Hugo Stinnes befindliche Rhein-Donne G. m. b. H. in Arzath-Rülbein vom Stahlwerkverband und vom Walzdrahtverband gekauft worden ist. Der Kauf geschah durch Strohmänner, damit man nicht merkt, daß die Syndikate die Käufer sind. Der Zweck ist, zu verhindern, daß das Werk an Außenleiter kommt. Die Absicht ist klar; die Preispolitik der Syndikate soll vor der Konkurrenz von Außenleitern bewahrt werden. Das Werk soll stillgelegt werden.

Syndikate handeln fixer so. Man begegnet solcher Politik auf den verschiedensten Gebieten. Sie ist verwerflich, weil sie monopolistisch ist und Kapital vergebend. Es ist aber zu fragen, wozu solche Käufe bezahlt werden. Die Geider gehen in die Selbstkostenrechnung der Produzenten ein. So werden notwendig die Preise gestiegen. Der Reichswirtschaftsminister sollte sich um derartige Quellen der Preissteigerung etwas mehr kümmern als bisher.

Wachsendes Geschäft im Maschinenbau.

Im Septemberbericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten wird eine leichte Steigerung der Inlandaufträge gemeldet, bei gleichem Auftragszugang aus dem Ausland und merklichem Rückgang der ausländischen Aufträge. Es wurden neue Arbeitskräfte eingestellt. Die tatsächlich geleisteten Arbeiterstunden betragen 77 Proz. der Kollektivleistung der berichtenden Werte (nach 62,6 Proz. im März 1927 und 54,3 Proz. im September 1926). Größere Beschäftigung herrscht für Textil- und Papierherstellungsmaschinen, geringere für Land-, Bergwerks-, Brauerei- und Mälzereimaschinen. Der Bericht warnt vor Lohnerhöhungen weil Preiserhöhungen folgen würden. Das ist umsonst, weil Lohnerhöhungen, die aus dem Gewinn gezahlt werden müssen, die Konkurrenz verschärfen, sind Preiserhöhungen aus diesem Grunde nicht zu erwarten. Der Reichsbankpräsident wird angegriffen. Er hätte die Diskontierungshöhe vermeiden können, wenn er den Zufluss von Anleihen nicht gedreht hätte. Daß das private Bankentartel die Zinspanne erhöht hat, scheint den Maschinenbauern zu gefallen.

Maschinen in der deutschen Landwirtschaft. Große und erfreuliche Zunahme.

In Heft 18 von „Wirtschaft und Statistik“ wird über die Maschinenverwendung in der deutschen Landwirtschaft berichtet, wie sie sich bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1925 gezeigt hat. Der Bericht ist sehr begrüßenswert, weil damit endlich eine zuverlässige Grundlage für die Beurteilung der Mechanisierung der deutschen Landwirtschaft gegeben ist. Die Tatsache, daß auch die im Jahre 1907 festgestellten Ziffern erwähnt werden, macht den Bericht besonders bedeutungsvoll. Landwirtschaftliche Betriebe mit Maschinenbenutzung wurden 1925 2 029 770 gezählt. Im Jahre 1907 waren es 1 832 830 Betriebe, so daß von einer Vermehrung um 696 920 gesprochen werden kann. Die Zahl sämtlicher im Jahre 1925 festgestellten Maschinen (betriebs-eigene als auch gemietete und genossenschaftlich gehaltene Maschinen) beläuft sich auf 5 914 034. Das Mehr gegenüber 1907 beträgt 3 751 155. Betriebs-eigene waren es 5 781 235 (1907: 1 591 675). Eine weitere Tabelle des Berichts zeigt auf, wie sich die Maschinenverwendung in den Größenklassen von 10 bis 20 Hektar, von 20 bis 100 Hektar und von mehr als 100 Hektar gegenüber 1907 entwickelt hat. Nachstehend einige Angaben aus dieser Tabelle:

Zahl der betriebseigenen Maschinen.

1925 überhaupt	mehr (+) oder weniger (-) gegenüber 1907		1925 im Ver- hältnis zu 1907 = 1
	1925	1907	
Erdemaschinen			
unter 20 ha ..	817 857	+ 232 036	3,7
20—100 ha ..	133 905	+ 66 765	1,8
100 u. mehr ha	36 914	+ 5 208	1,3
Zus.	509 176	+ 304 007	2,5
Radmaschinen			
unter 20 ha ..	70 128	+ 65 278	14,4
20—100 ha ..	50 451	+ 44 649	9,2
100 u. mehr ha	25 059	+ 30 783	5,9
Zus.	145 638	+ 131 005	10,0
Mähmaschinen			
unter 20 ha ..	571 108	+ 448 220	4,6
20—100 ha ..	341 821	+ 197 927	2,4
100 u. mehr ha	110 452	+ 69 780	2,7
Zus.	1 023 381	+ 715 927	8,3
Dreschmaschinen			
unter 20 ha ..	663 924	+ 313 609	1,6
20—100 ha ..	171 129	+ 4 587	1,0
100 u. mehr ha	20 098	+ 4 183	1,3
Zus.	1 055 151	+ 322 379	1,4

Die Ergebnisse, die bei der letzten Maschinenzählung in der deutschen Landwirtschaft festgestellt wurden, sind außerordentlich erfreulich. Sie zeigen, daß sich der Gedanke der Mechanisierung und Technisierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses in wirkungsvoller Weise durchgesetzt hat. Besonders bemerkenswert ist die Feststellung, daß es hauptsächlich die Klein- und Mittelbetriebe sind, auf die die Zunahme in der Verwendung von Arbeitsmaschinen entfällt.

Das darf aber kein Grund sein, die Hände jetzt in den Schößen zu legen. Wer sich schon einmal für die Mechanisierung und Technisierung seines Betriebes entschieden hat, muß auf dem laufenden bleiben, d. h. er muß auf alle Neuerungen und Bervollkommnungsbemühungen achten. Von der Landmaschinenindustrie ist zu verlangen, daß sie noch mehr als bisher auf die Wünsche der landwirtschaftlichen Maschinisten eingeht. So erscheint es beispielsweise dringend notwendig, die Organisation zur Beschaffung von Ersatzteilen bzw. zur Ausführung von Reparaturen, die heute noch außerordentlich mangelhaft ist und den landwirtschaftlichen Unternehmern immer wieder zu den lebhaftesten Klagen Veranlassung gibt, in gründlichster Weise um- und neugefaltet wird.

Immer noch steigende Tageserzeugung für Kohlen. Nach der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ betrug im September die Gesamtproduktion der deutschen Hochöfen 1 104 633 Tonnen gegen 1 115 503 Tonnen im August. Der leichte Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß der August 31 Arbeitstage gegen nur 30 im September aufwies. Dagegen hat die arbeitsmäßige Leistung im September mit 36 822 Tonnen die Ergebnisse des August noch um 838 Tonnen übertroffen. Für die Stärke der gegenwärtigen Eisenkonjunktur spricht die Tatsache, daß die Produktion des Septembers 1926, in dem sich bereits ein kräftiger Aufschwung in der Eisenindustrie bemerkbar machte, um über 25 Proz. übertroffen wird.

Siebt Düsseldorf nach? Wie es scheint, verhandelt die Siebt Düsseldorf über die Gasbefehrerung der industriellen Großabnehmer durch die A.-G. für Kohleoerwertung in Essen. Wenn Düsseldorf den Finger zeigt, wird die A.-G. für Kohleoerwertung bald die ganze Hand haben. Die Großabnehmer der Ruhr überlassen, heißt die besten Grundlagen der Wirtschaftlichkeit und der zukünftigen Absatzsteigerung preisgeben.

Gute Kartoffelernte. Die preussische Statistik stellt in einer Berichterstattung fest, daß man im Staatsdurchschnitt für 1927 einen Hektardurchschnitt von 139,8 Doppelzentnern Kartoffeln erwarten darf; ein außerordentlich viel günstigeres Ergebnis als 1926, wo nur 120,4 Doppelzentner geerntet waren. Die Güte der Kartoffeln wird auf Mittel geschätzt.

Der deutsche Arbeitsmarkt im ersten Oktobertrimester. Die Arbeitsmarktlage im ersten Oktobertrimester hat sich, nach den einzelnen Berichten der Landesarbeitsämter, weiter günstig entwickelt. Infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit machen sich freilich mehr und mehr Zeichen des Rückgangs bemerkbar, doch gehen die Zugänge noch langsam vor sich. Landwirtschaft, Baumarkt und Nebengewerbe sind noch am beschäftigt, ähnlich der Eisen-, Metall-, Maschinen-, Hemische und Textilindustrie, während allerdings im Bergbau Verschlechterungen eingetreten sind.

Die preussische Amerikanleihe hatte einen glänzenden Zeichnungserfolg. Die Zeichnungsbücher konnten gleich nach der Auflegung geschlossen werden.

Dividendensiegen des Braukapitals.

10 und 20 Proz. Dividende.

Die neue Dividendenernte des Braukapitals hat begonnen. Bei der Beurteilung der Brauereibeschäfte ist besondere Vorsicht geboten. Man muß sich nämlich bei dem Erscheinen der ersten Brauereibilanzen für 1926/27 das vorjährige Rundschreiben des Deutschen Brauerbundes über Dividendenpolitik der Einzelunternehmen ins Gedächtnis zurückrufen. In diesem Schreiben wurde auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer vorläufigen Dividendenverteilung hingewiesen, da hohe Dividenden den Ansehen übermäßig hoher Gewinne erwecken und in mehrfacher Hinsicht höchst unerwünschte Rückwirkungen zur Folge haben könnten. Im Interesse der Konsumenten würde zweifellos eine Herabsetzung der Bierpreise und im Interesse der Arbeitnehmer eine Herabsetzung der Löhne gefordert werden!

Der Ejzer, mit dem die Brauunternehmer sich bemühen, die Konsumenten und die Brauereiarbeiter nicht zu beunruhigen, ist lässlich, aber verdächtig. Die Brauindustrie weiß sehr gut, daß die Bierpreiserhöhung von 4 M. je Hektoliter zu Anfang des Jahres bei einer Erhöhung der Steuer um nur 2 M. viel böses Blut bei der Masse der Verbraucherhaft erregte, und noch besser weiß sie, daß eine Preisherabsetzung auch nur in der Höhe des Steuerjahres gänzlich unangebracht war, da man im Jahre vorher bereits Unsummen zu den alten Preisen verdient hatte.

Es wird die im Lohnkampf stehenden Brauereiarbeiter interessieren, daß trotz dieser Warnungssignale des Unternehmervereins die ersten Brauereibilanzen wieder Bombendividenden aufweisen. So zahlt die Freiherrlich von Tucher'sche Brauerei A.-G. Nürnberg trotz des auf die Preiserhöhung erfolgten Umsatzrückganges wieder 10 Proz. wie im Vorjahre. Prohibitivverbrauch, Unkosten und Steuern sind von insgesamt 6,2 auf 5,6 Mill. M. gesunken. In der Bilanz haben Grundstücke, Maschinen und Fuhrpark Zugänge von fast einer halben Million erfahren, die aus tausenden Gewinnen bezahlt wurden. Während die Gesamtsummen mit 1,4 Mill. M. fast unverändert blieben, haben sich die Forderungen sogar noch um fast 200 000 M. auf 2,3 Mill. M. erhöht. Die Art, wie der Geschäftsbericht den Reingewinn den dreimal höheren Steuern einschl. Bier-

Jugendliche im Strafrecht.

Reaktion gegen alle Verbesserungsanträge im Strafrechtsausschuß.

In der fortgesetzten Beratung des Strafrechtsausschusses über das Jugendstrafalter wandte sich Abg. Barth (Dnat.) gegen alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge. Die Androhung schwerer Strafe sei gerade gegenüber den Jugendlichen zwischen achtzehn und zwanzig Jahren besonders wirksam. Man sei schon milde genug gegenüber den Jugendlichen, zumal man ihnen mildernde Umstände bewilligen könne. Die Hauptsache sei der Schutz der Allgemeinheit vor dem Verbrechertum, auch wenn Jugendliche die Verbrecher seien.

Abg. Kohl (D. Sp.) erklärt sich ebenfalls gegen die sozialdemokratischen Anträge. Er führt aus, daß er früher für die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters auf das vierzehnte Jahr eingetreten sei, damit sei aber die richtige Grenze gefunden. Von dieser Altersstufe ab könnten die Jugendlichen zwischen Wein und Wein entscheiden, psychopathische Kinder würden ja wegen ihrer Geistesbeschaffenheit strafflos bleiben.

Rechtsjustizminister Hertig gab eine, wie er selbst sagte, programmatische Erklärung für die Regierung ab:

Die Regierung hält unbedingt an der 14. Jahresgrenze fest.

Diese sei erst 1923 festgelegt, man könne sie nicht so schnell bereits wieder heraufsetzen. Der jetzige Rechtszustand müßte aufrechterhalten werden. Die Regierung sei auch gegen die Herabsetzung der vollen Strafmündigkeit von achtzehn auf zwanzig Jahre. Es lasse sich außerdem darüber sprechen, ob bei dem bevorstehenden Abänderungsgesetz zum Jugendstrafgesetz besondere Bestimmungen getroffen werden könnten.

Ministerialdirektor Bumke gab eine geschichtliche Entwicklung des Jugendstrafrechts. Er hob die großen Fortschritte hervor, die schon erzielt seien und die einen starken Rückgang von Bestrafung der Jugendlichen zeige.

Frau Müller-Ostried (Dnat.) erklärt sich für den Regierungsentwurf. Mit vierzehn Jahren wisse man genau, was man tue.

Abg. Esslinger (Bayr. Sp.) wendet sich ebenfalls gegen die sozialdemokratischen Anträge. Die über Vierzehnjährigen wüßten genau was strafbar ist.

Abg. Haas (Dem.) erklärt, daß seine Freunde noch nicht endgültig Stellung genommen hätten. Es spreche gewiß manches dafür, Jugendliche unter vierzehn Jahren für straffrei zu erklären.

Frau Ministerialrat Dr. Bäumer macht darauf aufmerksam, daß die Fürsorgeerziehung für die Fälle, die straffrei bleiben würden, falls das Strafmündigkeitsalter heraufgesetzt würde, nicht in Frage käme.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) verurteilte die sozialdemokratischen Anträge, indem er sich besonders gegen den Justizminister wendete, der mit seinen Ausführungen gezeigt habe, daß er den Bedürfnissen der Jugend nicht gerecht werde. Nachdem die Sachverständigen erklärt hätten, daß die Rückfälligkeit der Jugendlichen sehr groß sei, könne man doch nicht mehr bestreiten, daß von den Wirkungen einer Strafe nicht alles erwartet werden könne. Sonderbar sei, daß der Minister heute erkläre, die Sach-

verständigen seien im Kernproblem vorübergegangen. Das hätte er gestern zum Ausdruck bringen müssen, als die Sachverständigen noch da waren. Welchen Eindruck solle man von der Regierung haben, die so verfähre. Einen günstigen ganz gewiß nicht. Die Regierung übersehe anscheinend, daß sämtliche Sachverständige für notwendig erklärt hätten, die Achtzehn- bis Zwanzigjährigen von der Bestrafung auszunehmen. Wenn man an der vollen Strafmündigkeit der über achtzehn Jahre alten festhalte, werde es weiter vorkommen, daß junge Leute zwischen achtzehn und zwanzig Jahren, die einen Mord begangen hätten, hingerichtet würden. Noch am 18. Juni 1925 sei in Koburg ein neunzehn Jahre alter Porzellanarbeiter mit dem Beil hingerichtet worden, weil er seine Geliebte ertränkt hatte. Es gehe nicht an, es von der Gnade der bayerischen Regierung abhängig zu machen, ob so unmensliche Strafe gegen Jugendliche vollstreckt wird.

Ministerialdirektor Bumke sucht den Reichsjustizminister in Schutz zu nehmen.

Abg. Benosse Saenger legt aber dar, daß die Erklärungen des Ministers in der Tat völlig unverständlich gewesen seien. Wäre er konsequenter, dann würde er von seinem Standpunkt sogar die Strafmündigkeit schon bei zwölf Jahren aufheben lassen. Sonderbar sei, daß Abgeordneter Barth immer noch die Auffassung habe, daß Androhung einer Strafe eine abschreckende Wirkung erzielen zu können.

Die deutsche Kriminalstatistik aus der Zeit des Kaiserreichs mit ihren aufsteigenden Zahlen zeige doch deutlich, daß eine abschreckende Wirkung durch hohe Strafe nicht erzielt werden könne.

Gewiß könne ein Jugendlicher über vierzehn Jahre zwischen Wein und Wein unterscheiden. Das könne auch schon ein kleineres Kind. Es handle sich aber weniger um diesen Unterschied, als um die Erkenntnis der sozialen Schädlichkeit des Tuns. Das Urteil der Sachverständigen, daß die Jugendlichen im Gefängnis besser aufgehoben seien als in Fürsorgeerziehungsanstalten, bedeute den

Bankrott der Fürsorgeanstalten.

Wenn die Hauptintelligenz der Erziehenden sich darin ausdrücke, mit Robeiz zu prügeln, dann sei allerdings nicht erstaunlich, daß die Erziehungsanstalten keine günstigeren Resultate aufweisen. In Bayern wurden auch heute noch Todesurteile vollstreckt. Erst kürzlich wurde ein junger Mensch kurz nach Vollendung des achtzehnten Jahres hingerichtet. Es habe sich um einen jungen Menschen gehandelt, der von einem Sachverständigen als Psychopath erklärt wurde. Er wurde von einem Arzt zum anderen geschleppt, bis ihn schließlich einer für gesund erklärte und dann wurde das Urteil vollstreckt. Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge sei eine Notwendigkeit.

Die Weiterberatung wurde auf den nächsten Mittwoch vertagt.

Besoldungsvorlage im Landtag.

Begründung durch den Finanzminister.

Der Landtag stimmte in seiner heutigen Sitzung zunächst einem Antrage des Hauptausschusses zu, der Vorschläge für die Bestimmung der Landtagsmitglieder in den Aufsichtsrat der zu gründenden staatlichen Elektro- u. G. enthält. Es folgt die erste Beratung des Besoldungsgesetzes.

Finanzminister Dr. Höpfer-Uchhoff

bringt die Vorlage ein. Seine mit leiser Stimme vorgetragenen Ausführungen sind in der anhaltenden Unruhe des Hauses auf den Tribünen nicht verständlich. Soweit aus den Darlegungen zu entnehmen ist, erklärt der Minister, daß die bisherige Beamtenbesoldung nicht ausreichend gewesen sei, und daß insbesondere die Verschuldung der Beamten gestiegen ist. Die Staatsregierung habe diesem Zustande durchgreifend abhelfen wollen und deshalb eine Besoldungsreform dem Landtag unterbreitet, die man vom Standpunkt des Staates aus als sehr weitgehend bezeichnen könne. Aber auch nach der Besoldungsneuregelung, die Erhöhungen von teilweise 16 bis 17 Proz. bringe, würde einige Beamte relativ noch immer unter den Friedensgehältern bleiben.

Der Reparationsagent habe anerkannt, daß die Beamtenbesoldung in Deutschland zu niedrig sei. Nach der Erhöhung der Bezüge würde ein Ministerialrat 75,8 Proz. des Friedensrealgehalts erreichen, ein Regierungsrat 82,2 Proz., ein Obersekretär 81,2 Proz., Sekreäre 86,2 bis 95,8 Proz., Amtsgehälter 99,3 Proz. und die Gruppe 12 101,2 Proz. Die Gehaltserhöhung bedeutet für den Staat eine Belastung von 193 Millionen. Die Erhöhung ist bei den einzelnen Gruppen verschieden. Die Gehälter der Ministerialräte erfahren eine Steigerung um 17,7 Proz., der Regierungsräte um 18,7 Proz., der Obersekretäre um 21,8 Proz., der Ministerialamtsgehilfen um 25,4 Proz., der Amtsgehilfen um 29,6 Proz. und die untere Gruppe 12 erfährt eine Steigerung um 33,1 Proz.

Bei der Deckung der Vorlage muß unterschieden werden zwischen der Deckung für das zweite Halbjahr 1927 und für das Gesamtjahr 1928. Für 1927 stehen dem Staate 40 Millionen Mehreinnahmen bei den Steuern zur Verfügung. 10 Millionen werden die Betriebsverwaltungen mehr bringen, Ersparnisse werden vor allem bei der Schutzpolizei gemacht werden. Der größte Teil des durch die Besoldungsordnung veranschlagten Mehraufwandes kann deshalb gedeckt werden. Die Hilfe des Reiches wird vor allem durch Inanspruchnahme der im Reichsstat vorhandene Garantiesumme von 65 Millionen Mark herangezogen werden müssen.

Das Jahr 1928 wird freilich erhebliche Mehrausgaben für die Volksschule und die Fürsorgeerziehung bringen. Immerhin ist aber auch mit Mehreinnahmen und Minderausgaben zu rechnen. Preußen wird voraussichtlich 85,5 Millionen Mehreinnahmen vom Reich, 40 Millionen mehr aus Steuern und 23,3 Millionen mehr aus Betriebseinnahmen bekommen. Trotzdem wird

die Hilfe des Reiches notwendig

sein, die aber noch eine offene Frage ist. Preußen hat deshalb im Reichsrat den bayerischen Antrag auf Verringerung des Finanzausgleiches unterstützt, den aber der Reichsfinanzminister für eine politische Unmöglichkeit erklärt hat. Auf keinen Fall wird die Besoldungserhöhung eine Steuererhöhung bringen. Damit fällt auch der wirtschaftliche Grund für Preissteigerungen.

Der Landtag wird vielfache Wünsche in bezug auf Umgestaltung der Besoldungsordnung haben, die nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Auf keinen Fall aber darf der Gesamtaufwand von 193 Millionen Mark überschritten werden. Zulagen an einer Stelle müssen also durch Abstriche an anderen Stellen wieder eingebracht werden.

Am Schluß seiner Ausführungen polemisierte der Minister gegen die ungerechte Bevorzugung Bayerns durch das Reich in bezug auf Wertpapierschädigung und Postabfindung. Es sei nur berechtigt, wenn Preußen gleichartige Ansprüche anmelde, wie die Zahlung des Restaufgeldes von 4,9 Millionen aus der Uebertragung der Reichsbahnen und der vom Reich anerkannten Entschädigung für verloren gegangenes Staatseigentum in Oberschlesien und im Saargebiet. Die Beziehungen zwischen Reich und Preußen könnten nur auf dem Boden der Gleichberechtigung der Länder gefördert werden. (Beifall.)

Abg. Kasper (Komm.): Die neue Besoldungsvorlage vermehrt die Ungerechtigkeiten. Die gemachten Versprechungen sind nicht gehalten. Die Ministerialbürokratie wird auf Kosten der kleineren und mittleren Beamten ungeheuer bevorzugt. Nur durch Arbeitsverweigerung kann die Beamtenchaft eine bessere Besoldung erreichen.

Nach einer kurzen Rede des Abg. Dr. Körner (D.M. Freiheitspartei), der die vorgesehene Vorauszahlung des Gehalts der Beamten als altes wohlverworbenes Recht begrüßt und die angebotene Bevorzugung von höheren Beamten, die aus der mittleren Laufbahn gekommen sind, als ungerechtfertigt bezeichnet, schließt die Aussprache. Alle übrigen Parteien haben auf das Wort verzichtet, da in der vierwöchigen Pause im Hauptausschuß die Vorlage in allen Einzelheiten durchgearbeitet werden soll. Der Entwurf wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen vertagt sich das Haus auf Montag, den 14. November, 13 Uhr. Tagesordnung: Zweite Lesung der neuen preußischen Besoldungsordnung.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Fernin und Umgegend (Nachr. verb.) Weiland wolfig bei wenig geänderten Temperaturen. Am Tage Regenlauer, frühe Kordolminde. Für Deutschland: Am Osten weitere Abkühlung, sonst Temperaturen nahezu unverändert; überall Regen- oder Graupelschauer.

Parlament oder Pangalos?

Finanznöte und Ruhebedürfnis in Griechenland.

Die Diktatur in Griechenland konnte es nicht schaffen, weil sie, von Natur unerschöpflich, auf Bajonetten laß, aber der Parlamentarismus vermag es, Schein's, auch nicht zu schaffen, weil er sich durch inneren Zwist gelähmt, auf Krücken dahinschleppt. Was die Novemberwahlen von 1926 bei der Zerstückelung des Volks in politische Gruppen und Gruppchen schlecht gemacht hatten, sollte die Zusammenrottung der fünf stärksten Parteien zu dem „ökumenischen Kabinett“ Zaimis wieder gut machen. Aber da sich Monarchisten und Republikaner in dieser Regierung fast gleich stark gegenüberstanden, war sie von vornherein mit beträchtlichen Hypothesen belastet, wenn sich auch hinter den Forderungen: „Hie Republik! Hie Monarchie!“ mehr persönliche als prinzipielle Gegenläge bergen. In den acht Monaten, die das „ökumenische Kabinett am Ruder war, brachte das Parlament tatsächlich nicht gerade viel hinter sich; auf den Fleiß des Athener Parlamentarismus läßt es merkwürdige Rückschlüsse zu, wenn umlängst der Führer der konservativliberalen Michailopoulos die gegenwärtige Kammer lobte, weil sie gearbeitet habe wie wenige griechische Kammern. Immerhin mußte sie sich etwas eindringlicher mit der Finanzfrage befassen, denn aus diesem Punkt ist vorläufig das ganze Weh und Ach Griechenlands zu furtieren. Die

Unterbringung der aus der Angoratürkei verdrängten Volksgenossen,

die Belebung des Ackerbaues durch landwirtschaftliche Kredite, die Anforberung der Industrie, die Befestigung der Arbeitslosigkeit, die Befriedigung der Festbesoldeten — alles hängt davon ab, daß die befruchtende Welle einer ausländischen Anleihe über das Land hinstreift. In rechter Erkenntnis dessen nahen sich die Herren Kalandaris, Michailopoulos und Papanastasiu im Juli nicht nur dem Völkerverbund mit hingehaltenem Spitz, sondern klopften auch in London, Paris und Rom um milde Gaben an. Aber die Gewährung der verlangten neun Millionen Pfund Sterling knüpfen die internationalen Geldgeber an die Bedingung einer gründlichen Finanzreform. Daher kam das Gesetz über die Gründung einer Emissionsbank, gegen die sämtliche Parteien des „ökumenischen Kabinetts“ anfangs nichts einzuwenden hatten, aber in einer Nebenfrage, der Golddeckung des neu zu schaffenden Instituts, hatte Kalandaris ein und zog nach einigem Hin und Her mit seiner monarchistischen Volkspartei, insgesamt 65 Abgeordnete, aus dem Regierungslager ab. So brach die mit überschwänglichen Hoffnungen begrüßte Konzentrationregierung auseinander, sei es, daß in dem Bankproblem die Interessen zweier Finanzgruppen zusammenprallten, sei es, daß der Führer der Volkspartei die Zeit für einen politischen Vorstoß für günstig hielt. Aber obwohl das „ökumenische Kabinett“ rasch durch eine „große Koalition“ ersetzt wurde, führt Zaimis, der Ministerpräsident geblieben ist, keinen festen Boden mehr unter den Füßen, nicht allein, weil er statt fünf nur mehr vier Parteien,

statt 247 nur mehr 182 Abgeordnete hinter sich hat, sondern mehr noch, weil jede innerpolitische Krise dem

militärischen Putschismus

neues Leben einflößt. Kaum saß die Regierung im Sattel, sah sie sich von einer Verschwörung zugunsten des Exdiktators Pangalos bedroht. Mitte September sollte der Staatsstreich vor sich gehen und wäre wahrscheinlich gelungen, wenn nicht in letzter Stunde die Regierung zugegriffen hätte. So würde eine Reihe von Verhaftungen geschloffen und zum Teil vollzogen, und es waren nicht die ersten Besten, die auf der Liste standen: die Generale Spiridonos und Iferulis, die Obersten Bucinas, Janucaco, Tsaneto, der Major Panagopoulos, der Kapitän zur See Balajaktis, „und dann die Herren Leutnants“. Auch der Chef der öffentlichen Sicherheit Papanicolaou und sein Vertreter Major Bogurios wurden Knall und Fall ihres Amtes enthoben, weil sie entschlossen waren, den Pangalisten beim Einbruch in die Staatsgewalt die Leiter zu halten. Nag Pangalos nach wie vor in den alten türkischen Kasematten von Izegbin auf Kreta des Gerichts harren, vor das er immer noch nicht gestellt wird, auch der Gefangene ist dank den Sympathien, die ihm die unruhigen und herrschsüchtigen Geister des Offizierkorps entgegenbringen, ein Stück politischer Macht. Was waren es doch für schöne Tage, als die Säbelrasier allein oben auf und die „schlappen Zivilisten“ an die Wand gedrückt waren! Diesmal ist es zwar mißlungen, diese Tage durch einen Gemaltdreiß wieder heraufzubeschwören, aber was heute scheiterte, schon morgen kann es glücken. In Griechenland

genügen ein paar Panzerwagen und Maschinengewehre.

über Nacht die Regierungsmacht in andere Hände zu spielen, da die Volksmasse, enttäuscht und entmutigt, dem Kampf der Eliten die Krippe mit tödlicher Gleichgültigkeit zusieht. Ueberdies hatten sich die Pangalisten diesmal mit den Royalisten unter eine Decke gesteckt, denen sie versprochen, daß der von Kreta im Triumph zurückgeführte Diktator, einst als der „Retter der Republik“ gefeiert, dem „rechtmäßigen“ König Georg II. auf den Thron verhelfen werde. In Griechenland gibt es niemanden, der nicht wüßte, daß die innere Ruhe die Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung des Landes ist; denn die fremden Gelder, die jetzt von England statt vom Völkerverbund kommen sollen, scheuen einen Staat, in dem der Umsturz in Permanenz erklärt ist; die Börse liebt bürgerlichen Handel und Wandel, bei dem die Zinsen fließen und die Profite gedeihen. Die Regierungsparteien warnen denn ohne Unterlaß vor Abenteuern, weil Ruhe dem Land nottue, aber auch die monarchistische Opposition heischt eine Volksabstimmung über die Form des Regimes, um dem Land die Ruhe wiederzugeben, und als Gipfel der Groteske war für den geplanten Septemberputsch eine Proklamation vorbereitet, die das Heer aufforderte, die Regierung zu stürzen, „um die Ruhe im Land wiederherzustellen! Ruhe, Ruhe — jeder wünscht sie und jeder schafft die Unruhe. Armes Hellas!“ Hermann Wendel.

Wissen Sie, dass Sie zu jedem Pfund Rest gratis eines unserer interessantesten Hausbücher dabeikommen.



Wenn abfließen, gegen den Fuß. Aber die Blut derselben fließt jetzt auch nach oben und wenige Minuten vielleicht können die Katastrophe herbeiführen. Drüben der Amerikaner hatte seine Stellung in der ganzen Zeit auch nicht um eines Haars Breite verändert. Der Mensch mußte gar keine Merten haben. — Was war ja auch kein Zweikampf, wie er bei vernünftigen denkenden Wesen stattfinden konnte, das war einfach reiner Selbstmord und noch dazu unter den wahnwitzigsten Verhältnissen aufgeführt. Er sprang auf und starrte die Dantse an — es schloß kaum noch ein Zoll und es blieb unbegreiflich, daß nur die aufsteigende Blut nicht einzeln der herausgeschalteten Körner erfährt und dadurch das Nicht einmal abwenden, um sein nun erschöpfendes Schicksal ruhig zu erwarten, aber — es war zumiel für Menschennatur. Noch einen Augenblick die Dantse hinab — der nächste Moment er sein Leben aus der Welt zu werfen.

Und aufs Brot die frische Rest, die banerische Kernmargarine. Advertisement for Rest margarine featuring a woman and a child.

Erlösung.

Von Cuno Castelle.

Diese Skizze, geschrieben vor 10 Jahren, fand sich unter den Papieren eines Artillerie-Leutnants, der kurz vor dem Waffenstillstand in Frankreich von einer Fliegerbombe getroffen wurde.

Man sagt, Rumänien sei ein schönes Land. Aber es ist damit daselbe wie mit den Häusern, den schmutzigen weißen Häusern, die in der Ferne fröhlich und heiter in der Sonne blinken. Kommt du aber näher, so siehst du, daß es schmutzige Lehmhütten sind, wo die Farbe zum Teil abbröckelt, und das mit Miststroh gedeckte Dach undicht ist und der Witterung nicht mehr standhält. Und wie sieht es drinnen aus! Ein paar kleine Stuben mit einer großen baufälligen Pfeife, auf der die ganze Familie schläft, und die Küche mit aufgerissenem Steinboden, mit der Feuerstelle, wo der eiserne Kessel hängt; ein paar kleine niedrige Stühle sind da und dann wieder — Schmutz und Dreck. Es ist daselbe mit den Bauern, die du von weitem in die Kirche gehen siehst. Wie glänzt ihre blumenbestickte Weste und wie rein und sauber erscheint das Schaffell, das sie auf den Schultern tragen! Aber komm ihnen nicht zu nahe, dann siehst du, wie ärmlich alles zusammengestuft ist und wie ihr Schuhwerk kaum mehr dem steinigen Boden widersteht. Oder sieh, wie die Weiber mit den Kindern und dem Peltwerk halb sitzen und halb liegen und das Ungeziefer absuchen, abwechselnd einmal aus den Haaren des Kindes, das wie befehen schreit, und dann aus dem Schaffell.

Wenn man nur flüchtig in das Land hineinblickt, ja, dann ist es schön! Viel besser ist es hier als in der Heimat mit dem kümmerlichen, sandigen Kartoffelboden und den verkrüppelten Bäumen. Hier gibt es Weizen, der meterhoch steht, hier gibt es auch Felder von gelbem Mais, soweit das Auge sehen kann, und grüne Wiesen mit großen Viehherden. Das sieht man, wenn man nur einen schnellen Blick um sich wirft und dann wieder auf die jämmerliche Landschaft blickt, vorwärts, vorwärts, als ob sich das Ziel herbeizaubern läßt.

Aber die schwarzen Flecke, die auf den Wiesen sind, und da, wo der Weizen zerstampft ist und die großen Weizenengel umgestürzt sind? Das ist wohl frische Erde, die man herausgeschaukelt hat, oder ist es Mist, den der Bauer herfuhr? Glaube das, beruhige dich damit, sieh nicht weiter hin! Steige nicht ab von deinem Pferd! Vorwärts!

Aber vorn auf der Chaussee sind ja auch die Flecke! Und sie sind ja gar nicht schwarz, wie wir näherkommen. Sie sind blau und grau, und braun ist dazwischen. Das Braune, das sind die Gesichter und die Hände der gefallenen Feinde, und das Blaue und Graue, das ist ihre Uniform. Ja, nun muß man aufpassen, wenn man es bisher nicht getan hat, und nun sieht man das Elend. Nun sieht man, daß Rumänien häßlich ist, häßlich schwarz wie die Nacht ohne Sterne. Da liegen sie, einzeln und paarweise, zu Dutzenden und in Rudeln, wie tote Hunde, die man abgeschossen hat. Ganz still liegen sie, sie bewegen sich nicht. Aber es sieht so aus, als wenn sie keinen Frieden hätten. Die Augen sind aufgerissen, und das Gesicht ist erstarrt in fürchterlichem Schreck. Und ab und zu, da ragt eine Hand aus dem Haufen heraus, die ist geballt, und wieder eine, die scheint zu schwören, und eine dritte, die scheint zu beten. Aber noch schlimmer ist es, wenn eine Hand abwärts liegt, drei, vier Meter von einem Verwundeten. Die schwört nicht, die betet nicht, die zeigt nur das Verrecken, in das wir alle hineingehen.

Weiter zieht die Kolonne. Ernste Gesichter, voller Anklage gegen den Führer. Der möchte sich umdrehen und halten lassen und haben für die toten Menschen und weinen. Aber er ist hier kein Mensch, er ist Soldat. Und er haut auf seinen Rappen ein. Im Trab geht es weiter. Da muß man aufpassen. Hier ein Graben, dort ein Granatloch, etwas weiter ein Loter, nun eine stehengelassene Kanone, auch ein zerstückelter Wagen, wieder grandiose tiefe Löcher, viele Blindgänger. Da vergißt man an andere Sachen zu denken als an den Weg und an das Ziel, und man wird auch gar nicht erlittert, man wird nur müde.

So fährt man eine halbe Stunde. Dann wieder im Schritt. Jetzt sind die Flecke verschwunden, die häßlichen Flecke. Jetzt ist alles dunkel. In das Dunkel hinein poltert die Kolonne.

Jetzt kommt ein Dorf. Aber es ist nicht das Ziel. Der Führer, der seine Leute ansieht, schaut in Gesichter, in denen Hoffnung aufblitzt. Er möchte ihnen so gern eine Freude machen und sie ausruhen lassen, aber er darf es nicht. Und er befiehlt, heiser, rau, gebieterisch, ohne jedes Erbarmen klingt es: „Weiter!“

Der Burtsche des Führers reitet auf ein Gehöft zu, abseits vom Dorf. Ein Lichtstrahl dringt von dort auf den Weg. Seit langer Zeit hat er nichts gegessen. Er reitet zu dem Gebäude, blindet sein Pferd an einen Pfost und geht in das Haus hinein. Was macht er da drinnen? Die Kolonne fährt weiter, hinein in das Dunkel, vorwärts zum Ziel. Der Führer wird unruhig. Er hat es wohl gemerkt, wie sich sein Burtsche entfernte. Aber er hat es nicht sehen wollen. Er zittert, daß ihm etwas passiert sein könnte. Aber er darf ja nicht zittern: Weiter!

Schweißbedeckt und schäumend faust ein einzelnes Pferd durch die Nacht der Kolonne nach. Der es reitet, der Burtsche, lächelt, als wenn er eine Vision gehabt hat. Er sieht nicht auf den Weg, er fürchtet nicht die noch herumstreichenden Nachzügler des Feindes. Aber das Pferd wittert Gefahr. Es findet den Weg allein. Der Burtsche ist wieder bei seinem Herrn.

Der schwiel. Lunge. Als wenn er nichts zu sagen wüßte. Aber der Burtsche wartet auf eine Frage. Er kennt ihn, seinen Herrn, er kennt ihn als Menschen. Und dann ist der Burtsche auch gar nicht mehr so froh wie er war, als er der Kolonne nachritt. Er zittert, Schweiß tritt auf seine Stirn, er atmet schwer.

Da wendet der Führer den Kopf: „Nun?“
Hoffig erzählt der Burtsche. Ueberstürzt, plump. Aber der Herr versteht ihn.

Ja, er hat sich entfernt. Man wird doch hungrig. Und von den anderen hat es schon keiner gemerkt. Nur ein Stückchen Mistbrot für ihn, den Herrn. Aber — Der rumänische Bauer in der Hütte macht ein geheimnisvolles Zeichen. Er deutet auf das Zimmer neben der Küche. Der Burtsche geht hinein. Im Zimmer ist es dunkel. Man sieht nichts. Aber man hört, hört, wie es stöhnt und wimmert und jammert und klagt. Der Bauer kommt mit einer Kerze: Auf dem Bett, auf einem Soldatenmantel liegt ein Soldat. Ein Deutscher. Zerfallen ist das Gesicht, und die Augen blicken starr. Ober sie verdröhnen sich im Schmerz. Neben dem Bett liegen bunte Wappen, die der Bauer mitleidsvoll gebracht hat. Der Todtrank kann sich nicht bedecken. Sein Kopf ist aufgeschwollen, von seiner Hufe sind nur noch Fesseln da. Mit den Händen hält er seinen Leib. Als ob er ihn zusammenpressen wollte. Durch seine

Finger quillt Blut. Blut sifert auf den Kopf, auf das Bett, auf den Boden. Und doch preßt er seine Hände härter und härter auf die Wunde, auf das große Loch, den klaffenden Spalt, den das Geschloß gerissen hat. Eingeweide quellen aus der Wunde. Grausig, entsetzlich. Und dazu Stöhnen und Jammern.

Der Verwundete hat den Burtschen bemerkt. Er will sprechen. Aber er kann es nicht. Ein einziger, stehender Blick. Der Burtsche versteht diesen Blick. Er sieht, daß er nur so helfen kann: Seinen Revolver legt er an die Schläfe des Leidenden, wendet sich, drückt ab. Und sieht entsetzt aus dem Gemach. Aber er kehrt noch einmal zurück und leuchtet mit der Kerze in das Gesicht des Toten und sieht, was darin steht: Erlösung und Ruhe und Frieden.

Leise redet der Burtsche. Stumm hört es der Führer. Unheimliche Stille vorn, hinten das Poltern der Wagen. Unheimlich wird's dem Burtschen. „Ist ich unrecht?“ Schweigen. Der Führer ist in

Zweite Instanz.



v. Reudell: Da haben wir den Salat!

Marg: Den Treskow-Projekt — da gehen wir an die zweite Instanz.

v. Reudell: Aber nein, der Reichsrat hat die Schlußvorlage abgelehnt.

Marg: Da gehen wir auch an die zweite Instanz.

sich zusammengefunken. „Ist ich unrecht?“ Der Burtsche spricht es hastig, aufgeregt. Sein Herr muß ihn verstehen. Er muß es hören, daß seine Tat gut war, von ihm, dem Führer. „Ist ich unrecht?“ Das war verzweifelt und beinahe heulend herausgeschrien.

Der Führer blickt seinen Burtschen lange an; in diesem Blick liegt ein Urteil. „Nein“, sagt er. Trotzdem er weiß, daß es nicht recht war. Was soll man aber hier tun? Die Kerze ist weit, die Feinde sind nah. Und immer noch besser durch Freundeshand. „Nein“, sagt er nochmals, fest, bemutet. Er weiß genau, der Führer, daß es nicht recht war. Aber er sagt: „Nein!“

Weshwegen? Er kennt das Leiden, das harte Leiden, die Kämpfe der Seele, die ebenso schwer sind wie die des Körpers, oder schlimmer. Er kennt die verzehrende Sehnsucht nach Erlösung, nach einem anderen, schmerzfreien Leben. Und er denkt im stillen: „Warum lag ich nicht da?“

Ein zweites Dorf. Das Ziel. Flucht, Befehle. Haß auf allen Gesichtern, die ihn anblicken. „Warum lag ich nicht da?“

Das Erdbeben in der Krim.

Eindrücke eines Augenzeugen.

Am Tage vor dem Erdbeben, am 12. September, bemerkten die Badenden am Strande von Jalta eine sehr ungewohnte Erscheinung: der dortige Strand besteht nämlich aus ziemlich grohen Steinen, zwischen denen man nur schwer auch nur ein Sandörnchen finden kann. An diesem Tage aber war der Strand ganz von feinem Sand bedeckt, der durch die nächtliche Brandung angepflügt worden war. Einige der Badenden entwickelten eine „Theorie“ der Herkunft dieses Sandes. Ihrer Meinung nach hatten in den Meeres-tiefen Verschiebungen der Bergmassen stattgefunden, wodurch neue Sandflächen bloßgelegt worden waren, die dann ans Ufer geworfen wurden. Diese hausbackenen Theoretiker behaupteten darum, daß als Folge dieser Verschiebungen ein Zusammenstoß der Erdkruste und ein allmähliches Abrollen der Erdkruste ins Meer eintreten würde. Andere wieder behaupteten, daß die Verlagerungen auf dem Meeresgrund in den Höhlenräumen, die sich unter dem Berücken der Küste befinden, Einstürze hervorgerufen hätten, was unfehlbar zur Zerstörung der Südküste führen würde. Von der Möglichkeit einer Erschütterung des Erdbodens aber, von einem Erdbeben sprach man nur mit größter Vorsicht, als fürchtete man sich, die Natur herauszufordern.

Der 12. September war ein warmer und sonniger Tag. Die Brandung war schwach. Gegen Abend rückte von Nordosten ein Gewitter heran. Es setzte ein bestiger Regen ein, der von grellen Blitzen durchzuckt war. Um etwa gegen 10 Uhr hörte der Regen auf. Die Luft war kühl und feucht geworden. Die Kurgäste verstreuten sich in die Häuser. Der laute Strand wurde leer.

Kurz nach Mitternacht ertönte aus der Richtung des Meeres ein dumpfes Rollen. Gleichzeitig erklärten die Fenster Scheiben. Das alles erinnerte an das dröhnende Geräusch, wie es von einem schwerbeladenen, durch die Straßen fahrenden Lastauto hervorgerufen wird. Ein Krachen und Dröhnen brach nun über die Häuser herein, drang durch die geöffneten Fenster und vermischte sich mit dem Poltern der umfallenden Möbel, der von den Wänden fallenden Bilder, dem Klirren zerbrechender Scheiben und dem Krachen des abbröckelnden Verputzes.

Ein Erdbeben! Von unaufhaltsamer Panik getrieben, stürzten aus den Zimmern des Hotels halbenkleidete Menschen, rannten einander über den Haufen und riefen die Treppen zum Ausgang hinunter. Das Hotel, das noch vor einigen Sekunden so still und friedlich war, hatte sich in eine Hölle verwandelt.

Eine Sekunde nach dem ersten Stoß erfolgte ein zweiter, der 32 Sekunden dauerte. Die Wucht dieser Erschütterung war so groß, daß selbst Erwachsene, die durch das oberste Stockwerk liefen, wie Spielbälle vom Wand zu Wand geschleudert wurden. Der darauffolgende dritte Stoß war bedeutend schwächer.

Die Straßen, Boulevards und Plätze füllten sich schnell mit halbenkleideten Menschen, die sich in einem fast unzurechnungsfähigen Zustand befanden. In der Panik hatten sie ganz unnötige Dinge mitgenommen. Vor dem Hotel stand auf der Straße eine junge Frau, die ganz nackt war. Neben ihr ein älterer Herr, der ebenfalls fast nichts anhatte, doch die neuesten Zeitungen unter dem Arme hielt.

In der Menge befanden sich nicht wenige hysterische Schreier. Jene, die zum Meere eilten, um sich vor den Stürmen zu retten, die von den Häusern herabfielen, „warnten“ diese Schreier, indem sie versicherten, daß das Meer aus den Ufern treten und die ganze Küste fortzuschwemmen werde. Andere wieder warnten vor der Nähe der Berge, die jeden Augenblick auf sie herabstürzen könnten. So rannten die durch Nervenerschütterung erschöpften Menschen hilflos hin und her.

Die große Geschwindigkeit, mit der die Ortsbehörden den Sicherheits- und Rettungsdienst organisierten, begann die Menge allmählich etwas zu beruhigen. Binnen zehn Minuten wurden vor dem Gebäude der G.P.M. die Krim-Omnibusse, die Militär- und die Feuerwehr zusammengezogen, wodurch auch in den Massen die Selbstdisziplin geweckt wurde. Die Panik ließ schnell nach.

Zwei Uhr nachts. Ein neues Krachen, ein neues Dröhnen aus der Richtung des Meeres. Wieder das Klirren zerbrechender Fensterscheiben, fallende Steine, einstürzende Mauern. Die Zerstörungstätigkeit des Erdbebens dauert fort: im Hofen ist das Gebäude der Seeagentur und das Zollamt zerstört. Die Wale ist geborsten und hat sich gekippt. In der Altstadt sind ganze Häuser eingestürzt. Autos ragen durch die Straßen, transportieren Verletzte und Tote.

Die Panik, die schon wieder zu beginnen drohte, läßt nach. Aber die Erde beruhigt sich nicht. Sie hebt. Alle erwarten in nervöser Anspannung den nächsten Stoß. Es beginnt Tag zu werden. Das Bild der Zerstörung wird dadurch noch brüderlicher.

Fünf Uhr morgens. Ein neuer Stoß. Häuser, die schon vorher Risse bekommen hatten oder ins Wanken geraten waren, stürzen ergötig ein. Es ist kein Ende dieses Unglücks abzusehen. Unter den Trümmern der Häuser lagen viele Tote begraben. Vor Entsetzen von Sinnen geraten, sprangen viele aus dem zweiten oder dritten Stock, um bestenfalls mit schweren Verletzungen davonzukommen.

Jedermann ist nur von dem einen Gedanken befaßt — nur fort, fortfahren! Vor der Kasse der Sowjet-Handelskette stehen um sechs Uhr morgens die Menschen in endlos langer Reihe an. Von Mund zu Mund geht die freudige Nachricht: „Am 11 Uhr kommt der „Mitsch“!“ Das ist der größte Dampfer des Schwarzen Meeres. Die Angestellten der Seeagentur suchen auf die Wartenden beruhigend einzureden. Der „Mitsch“ werde 1500 Personen mitnehmen. Außerdem werde die „Teodosia“ einlaufen, nach Rostow fahren und 300 Personen mitnehmen. Gegen Mittag würden noch zwei weitere Dampfer erwartet.

Die grelle warme Sonne stimmt die Fliehenden wiederum optimistisch. Diese beginnen unerschrocken zu werden. Aber die ununterbrochenen Erdstöße, das Zittern des Bodens erinnert sie an die furchtbare, grausame Wirklichkeit.

Da ist ja auch schon der „Mitsch“, am Hafen herrscht eine regelrechte bahnmännliche Sprachenverwirrung. Von allen Enden Kalkas und aus den anliegenden Kurorten Gurzuf, Lwadia, Mikhora, Dülber, Charakka, Alupka treffen auf Wagen und in Booten immer neue Leute ein, die mitfahren wollen.

Die an der Küste entlangführende Straße nach Sebastopol ist zerstört. Private Automobilgesellschaften fordern für die Fahrt nach Simferopol (etwa 50 Kilometer landeinwärts) 100 Rubel für den Platz, und sie werden gezahlt, um nur möglichst schnell fortzukommen.

Auf der Fahrt von Jalta nach Sebastopol sieht man vom Meer aus durch den Feldstecher eingeschaltete Häuser und die zerstörten weltberühmten Schlösser. Um 3 Uhr nachmittags beobachteten die Passagiere des „Mitsch“, wie von zwei neuen Stößen in der Gegend von Banbar und des Berges Alpa grandiose Felsblöcke sich losrissen und mit rasender Geschwindigkeit ins Meer rollten. Diese zwei Erdstöße sind der Südküste teurer zu stehen gekommen.

Auch hier auf dem Dampfer befinden sich nicht wenige hysterische Schreier, die unsinnige Gerüchte unter den Mitfahrenden verbreiten. Das Publikum wird nervös. Die meisten haben keine Fahrkarte und jeder denkt darüber nach, wie er wohl von Sebastopol aus nach dem Norden Russlands gelangen könne. Eine maßlose Angst beherrscht die Passagiere, daß sie in Sebastopol vielleicht noch eine solche Nacht wie jene in Jalta erleben könnten.

Specialist.

Weltfreund einer stillenden Mutter. Ueber die Fähigkeiten der Frauen, ihre Kinder zu stillen, herrschen im allgemeinen unklare Vorstellungen. Es wird darum interessieren, einige wissenschaftliche Feststellungen kennenzulernen, die sogar einen Weltfreund veruchen konnten. Im allgemeinen lassen sich naturgemäß feste Normen über die Stillfähigkeit der Mütter nicht aufstellen, da diese von der gesundheitlichen und körperlichen Beschaffenheit der Mütter ebenso abhängig ist, wie von ihrer Ernährung. Es sind darum in vielen Ländern Vorkontrollen getroffen worden, um armen Müttern durch fröhliche Spielung die Möglichkeit zu geben, ihre Säuglinge selbst zu nähren, da bekanntlich die Säuglingssterblichkeit sehr stark davon abhängig ist, ob die Säuglinge Brustkinder oder Flaschenkinder sind. Die Natur hat in den meisten Fällen dafür gesorgt, daß junge Mütter soviel Milch haben, wie der Säugling am Tage braucht. Es kommen aber auch Fälle vor, in denen die Mütter imstande sind, mehrere Säuglinge am Tage zu nähren. Nach dem „Archiv für Kinderheilkunde“ hat der Weltfreund eine 23jährige deutsche Mutter inne, die am Tage nicht weniger als 5650 Gramm Milch hatte und imstande war, an jedem Tage bis zu fünf Kinder zu stillen. Den höchstwertigen der Stillfähigkeit hatte sie am 02. Tage erlangt, und sie war imstande, 32 Wochen mehrere Kinder zu ernähren. Im Zusammenhang damit werden Erfahrungen interessanter, die in Dublin gemacht worden sind. Hier wurde von einem Verein der Kinderfreunde in der Nähe der Fabriken ein „Gasthaus für stillende Mütter“ gegründet. In diesem Gasthaus erhalten Arbeiterinnen, die ihre Kinder selbst nähren, unentgeltlich warmes Mittagbrot. Es wurde festgestellt, daß die Ernährungsmöglichkeit durch diese fröhliche Milch- und Fleischnahrung um 40 Proz. bei den meisten Frauen gesteigert wurde. Frauen, die bis dahin nur einmal des Tages imstande waren, ihr Kind zu nähren, konnten nunmehr ihren Verpflichtungen vollumfänglich nachkommen, da die Milchmenge durch die gute Nahrung fast verdoppelt war.

Unterhaltungslektüre in U.S.A. weniger gefragt. Es ist eine sehr heutzutage Erscheinung, daß in den Vereinigten Staaten die Nachfrage nach Unterhaltungslektüre in ständiger Abnahme begriffen ist. Dies wurde jetzt auf der Internationalen Buchhändlertagung in Cambridge von verschiedenen Seiten festgestellt. Dagegen ist die Nachfrage nach Reisebeschreibungen und Biographien gestiegen. Sogar weltwirtschaftliche Bücher werden viel mehr als früher gekauft. Den größten Bedarf an Unterhaltungslektüre, Romanen, Novellen hat England, an zweiter Stelle steht dann dicht dahinter Frankreich.

